

VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,
sowie der freien eingeschchr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation! • • Nutzt die günstige Zeit aus! • •

Posadowskys Abschied und die Fortführung der Sozialpolitik.

Als der Staatssekretär Graf Posadowsky im neuen Reichstag sein sozialpolitisches Programm darlegte, scheint er von bangen Ahnungen erfüllt gewesen zu sein. Vielleicht ahnte er, daß es mit der Sozialpolitik, so wie er sie sich dachte, bald zu Ende gehen werde. Aber wie Kinder, die ängstlich im Dunkeln sitzen, sich durch lautes Reden selbst Mut einzuflöschen suchen, so suchte der Graf im Worte seine trübenden Ahnungen dadurch zu verschweigen, daß er laut ins Land hineinrief, an einen Umschwung im sozialpolitischen Kurse sei nicht zu denken. „Aus den bisherigen Kundgebungen im Reichstage geht hervor“, so sprach er, „daß sowohl der Herr Reichskanzler wie selbstverständlich auch die verbündeten Regierungen fest entschlossen sind, die Sozialpolitik fortzusetzen. Ein Volk, das in diesem Maße in der Volksbildung fortgeschritten ist, stellt höhere Ansprüche auch an seine Lebenshaltung. Und deshalb kann ein Volk von der Kulturhöhe des Deutschen die Sozialpolitik nicht abschalten, trotz aller stillen und offenen Gegner.“

Scheinbar erschrocken über den Mut, den er durch diese feierlich abgegebene Versicherung an den Tag gelegt hatte, hielt er es für geraten, schnell einen Pflock zurückzulegen und etwas Wasser in den Hoffnungswein zu gießen. Er mahnte nämlich zur Bescheidenheit, indem er meinte: „Selbstverständlich gibt es in einem großen Volke viele soziale Mißstände, aber sie dürfen nicht nur mit der Gesetzgebung bekämpft werden, sondern der verständige Sinn des Volkes und namentlich die Führung der gebildeten Kreise muß dazu mitwirken. Was an mir liegt, wird geschehen, die großen Aufgaben, die hier berührt wurden, zu fördern. Ich bitte Sie aber, dann auch die Vorlagen mit Wohlwollen entgegenzunehmen und sich in Ihren Wünschen auf das Mögliche zu beschränken.“

Diese Mahnung zur Bescheidenheit begründete er damit, daß er auf die offenen und versteckten Gegner der Sozialpolitik hinwies: „Ob wir Sozialpolitik betreiben sollen oder nicht, darüber sind die Ansichten ja verschieden. Es gibt einen Stand, auch in Deutschland, der, wenn auch in verschiedener Form, sich in der Deutlichkeit bisweilen dagegen erklärt, und der, wenn er ganz das, was er in seinem Herzen denkt, ausdrücken, vielleicht erklären müßte: „Die Sozialpolitik war ein verhängnisvoller Schritt, der Kräfte in der Welt wird behaupten, der Schwache muß untergeben, für ihn muß nur das Notwendigste durch die Armenpflege geschehen: es liegt in der Sozialpolitik für die Kraft eines Volkes etwas Entnervendes. Eine Anzahl Staaten hat sich auf den Weg der Sozialpolitik noch nicht begeben, diese Staaten sind besser daran, als diejenigen, die Sozialpolitik treiben.“ In dieser klaren und schroffen Form äußert man sich aber nicht, man erklärt vielmehr, man ist für Sozialpolitik, bekämpft jedoch jeden einzelnen Schritt auf diesem Gebiete. Auf diesem Standpunkt steht nicht der Herr Reichskanzler, stehen nicht die verbündeten Regierungen.“

Und in einer späteren Sitzung, kurz vor der Vertagung des Reichstags, kam Posadowsky noch einmal auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die man ihm in den Weg lege. Darum warnte er auch diesmal wieder vor einem „Automobiltempo“ und sagte: „Wenn wir die Bestrebungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik fördern wollen, die mit Recht von den Arbeitern gefordert werden, so müssen wir auch die Dinge mehr einzeln und nicht tern anpacken und betrachten.“ Mit einem gewissen Galgenhumor suchte er die Angriffe zurückzuweisen, die ihm von den verschiedensten Seiten gemacht wurden. Da werde ihm zunächst vorgeworfen, er treibe eine Sozialpolitik der Bevormundung und greife zu tief in die wirtschaftliche Sphäre des Einzelmenschen ein. Aber dies sei notwendig, denn, wenn wir so edle Menschen sein würden, wie die Herren von der Sozialdemokratie voraussetzen, daß sie in Zukunft sein werden, Menschen, die alles tun aus Liebe zum Nächsten, zum Bruder, die alles tun, um der Gemeinlichkeit zu dienen, die den ganzen Egoismus unterdrücken und nur die allgemeine Wohlfahrt im Herzen tragen, dann, meine Herren, brauchen wir keine Gesetzgebung der Bevormundung: dann würde sich alles wie in den ersten christlichen Gemeinschaften im Wege der

gegenseitigen Liebe, der gegenseitigen Unterordnung vollziehen. Aber lesen Sie die Berichte der Gewerbeinspektoren, lesen Sie die Strafverzeichnisse, die jedes Jahr aufgestellt werden wegen Uebertretung der Arbeiterchutzgesetze.“ Augenscheinlich erblickt der Redner den Mangel an sozialer Gesinnung auf Seiten der Unternehmer, die sich um die Gesetze zum Schutze der Arbeiter nicht kümmern. Wie in unserem Gewerbe die Arbeitgeber die Gesetzesvorschriften achten, das sehen wir am besten jetzt in unserem Kampfe um die Durchführung der Bundesratsverordnung zum Schutze gegen die Bleigefahren.

„Ein anderer Vorwurf gegen mich“, so fuhr Posadowsky fort, „ist der, daß meine Sozialpolitik nirgends ein Gefühl der Freude und Erleichterung ausgelöst habe. Ich bin 20 Jahre praktischer Verwaltungsbeamter und als solcher ist man gezwungen, häufig in privatrechtliche Sphären einzugreifen. Ich habe nie gefunden, selbst nicht einmal bei der Veranlagung zur Einkommensteuer, daß ich dadurch Gefühle der Erleichterung und Befriedigung ausgelöst hätte. Wenn man Vatten auferlegt im Interesse der Allgemeinheit, bei dem wird man niemals ein Gefühl der Freude und Erlösung hervorrufen. Eine dritte sozialpolitische Auffassung vertritt der Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Auf seiner Veranlagung Charakteristika im Redner unsere sozialpolitische Gesetzgebung: Sie erstrebe nicht eine Hebung der Arbeiter von innen heraus, sie trachte nicht danach, die Arbeiter auf dem Wege einer Vertiefung und der Verbesserung ihrer Produktionsverhältnisse zu proletarisieren, sie beschränke sich darauf, an den äußeren Erscheinungen herumzukurieren, sie stelle einen im Produktionsprozeß vorkommenden Wechsel auf eine staatliche Klasse, die Anwartschaft auf eine Pension in Aussicht. Aber trotz all dieser Einwendungen werde ich meinen Weg weitergehen.“

Und nun ist er doch aus seiner Bahn gedrängt worden; der Kaiser hat ihn kalt gestellt und ihn „mit einem gnädigen Hand schreiben“ und nach Ueberwindung seiner Marmorbrüste einfach entlassen, wie man einen Handlanger wegschickt, dessen Dienste man nicht mehr gebrauchen kann.

Die Entlassung kam ganz überraschend und auch Posadowsky, der seine Gegner und ihre Wühlarbeit unterschätzt hatte, wird überrascht gewesen sein. Aber er mußte gehen, weil er in den Augen der Scharfmacher und Mittelstandsleute zu viel für die Arbeiter tat. Die Arbeiter selbst haben allerdings wenig genug von dieser Fürsorge gemerkt, desto lauter aber posantem die Gegner einer vernünftigen Sozialpolitik die Klage in die Welt hinaus, daß der Staatssekretär alles durch seine staubige Alfenbrille betrachte und von der Praxis des Wirtschaftslebens keine Ahnung habe.

Die Mittelstandsleute jammerten über die Vernachlässigung ihrer Interessen und über die Bevorzugung der Proletarier: „Posadowsky sieht sich als der amtliche Schlichter der gewerblichen Arbeiter und vergißt die pflichtmäßige Hilfe für alle gesellschaftlich Notleidenden, zu denen — Dank der übertriebenen und einseitigen gesellschaftlichen Fürsorge — der Fabrikarbeiter als Schöpfkind der Sozialpolitik überhaupt nicht mehr gehört. Er ist der bevorzugte Liebling der Gesetzgebung und der anspruchsvollen, selbsthütigen Wahlmänner, um den sich unbilliger Weise unsere ganze kurzfristige Staatskunst dreht. Als ob das ganze Volk sich nur noch aus einigen reichen Unternehmern und sonst lauter dachenden Industriearbeitern zusammensetzte, so arbeiten Regierung und Reichstag an der Besten Wohl, die doch lediglich eine verhätschelte Minderheit des Volkes und eine materiell übermüht gewordene Schar voller Begehrlichkeit darstellen. Aber nicht nur der Bauer und Handwerker, sondern gerade die große proletarische Menge der Gebildeten und geistig höheren Stände bedürfen der staatlichen Beachtung und dringenden Unterstützung. Mit dem Schlagwort vom „Mittelstande“ verbindet sich leider die Annahme eines gefährlichen Weltes. Tatsächlich ist die oben gezeichnete Mittelschicht, die sehr weit auf den Stufen der Gesellschaft hinauf und hinab reicht, so wenig begütert, daß man sie bei den berechtigten höheren Lebensansprüchen und ihrer erzwungenen niedrigen Lebenshaltung und der unwürdigen Entlohnung ihrer heidnischen Kopfarbeit als proletarisch, also fast hilflos ansprechen muß. Jeder gelernte Fabrikarbeiter ist mangels jeder Standesaufgabe und infolge steigenden Lohnes in materiell viel günstigerer Lage, als der Beamte, Offizier und

„Klein-Kaufmann, die man gewöhnlich bei der Einteilung des Mittelstandes einfach vergißt.“ Daß dies der reine Schwindel ist, ist klar, ebenso klar ist aber auch, daß manche Leute, und zumal solche in den höheren Regionen, auf solchen Schwindel reinfallen.

Und was die Scharfmacher in den Reihen der Großindustriellen anbetrifft, so war für diese Leute der sozialpolitische Posadowsky schon längst reif zum Abschalten. Die Scharfmacherpresse hat schon seit Jahren betont, daß Graf Posadowsky die sozialpolitischen Bahnen Bismarcks verlassen habe. „Der nach seinem Abgange in Szene gesetzten Arbeiterchutzgesetzgebung“, so hieß es, „hat Bismarck stets sehr mißtraulich gegenübergestanden, nicht aus Mangel eines warmen Herzens für die Arbeiter, sondern weil er von den die Freiheit der Bewegung einengenden Maßnahmen eine Beeinträchtigung der Interessen der Gesamtheit, eine Erschwerung des Wirtschaftslebens, vor allem aber eine Schädigung der Arbeiter selbst befürchtete. Man kann leider nicht behaupten, daß diese Befürchtung unerfüllt geblieben sei. Mag immerhin zugegeben werden, daß durch die Arbeiterchutzgesetzgebung manche Mißbräuche in der Ausbeutung der Arbeiter abgestellt worden sind, so sind auf der anderen Seite die Klagen aus den Arbeiterkreisen wie aus dem Publikum über unnötige Belastigungen durch ein Uebermaß des polizeilichen Eingreifens nur zu berechtigt, und was schlimmer ist, unter den Arbeitern selbst hat dies fortwährende Nusen nach noch immer mehr Schuch einen Grab von Vertiefung und von Unlust zur Arbeit bewirkt, daß Graf Posadowsky selbst wiederholt ernster Sorge wegen der weiteren Konsequenzen Ausdruck gegeben hat. Trotzdem hat er sich nicht entschließen können, dem ungesunden Drängen einen energischen Widerstand entgegenzusetzen. Im Gegenteil, losgelöst von einer alleseitigen Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens, hat sich unter ihm mehr ein pedantisch-doktrinäres System herausgebildet, gegen welches eine scharfe Reaktion der gebunden Wirklichkeit früher oder später unvermeidlich werden mußte.“

Nun haben die Wähler ihren Willen bekommen: Graf Posadowsky, der, wie er einmal sagte, „ein Staatssekretär für und nicht gegen die Sozialpolitik“ sein wollte, ist von der Bildfläche verschwunden und der neue Kurs dämmert herauf.

Individueller und korporativer Arbeitsvertrag.

Wer von unseren Kollegen aus irgend welchem Anlaß schon einmal Gelegenheit gehabt hat, mit Freunden und Verehrern der heutigen gesellschaftlichen Ordnung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse zu reden, der wird von diesen stets auf das Steigen des gesellschaftlichen Niveaus, auf die Vermehrung des Komforts, kurz, auf die Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage der Arbeiterklasse hingewiesen worden sein.

Es soll hier nicht unsere Aufgabe sein, auf das Mächtige oder Unrichtige dieser in jenen Kreisen weit verbreiteten Meinung einzugehen. Wenn es richtig ist, daß eine Hebung der sozialen Lage der Arbeiter eingetreten ist, was im Vergleich zu früheren Zeiten füglich nicht bestritten werden kann und worauf die Arbeiter gerade bei der Würdigung ihrer gewerkschaftlichen Erfolge selber oft genug hinweisen, um darzutun, daß dies ihr alleiniges Verdienst sei, so steht diese Hebung ihrer Verhältnisse doch keineswegs in einem Vergleich zu dem Emporsteigen der besitzenden Klasse, namentlich soweit diese an industriellen Unternehmungen, am großen Verkehrsleben und anderem mehr beteiligt ist. Das geht aus den Geschäftsberichten und anderen Befundungen solcher Institute aufs deutlichste hervor.

Aber nicht nur das ist es, worauf man uns verweist, um uns die Verbesserung aller Verhältnisse der um Lohn Arbeitenden klarzumachen; man tut sich in kapitalistischen Kreisen auch nicht wenig darauf zu, darauf hinweisen zu können, daß zu keiner Zeit ein solch hohes Maß von Freiheit in jeder Beziehung bestanden habe als eben heutzutage, wo durch die Entwicklung und Ausdehnung der „alles befruchtenden wirtschaftlichen Kräfte“ die Fesseln und Schranken einer mittelalterlichen oder doch wenig zeitgemäßen Zunft- und Handwerksordnung gesprengt worden seien und ohne diese Entwicklung — was ebenfalls nicht bestritten werden kann — die Gewerbe- und Handelsfreiheit, ebenso, in natürlicher Folge hieron, die Rede- und Pressefreiheit, die Freizügigkeit usw. nicht denkbar sei. Vor allem aber sei es die Freiheit des Arbeits-

vertrages, diese ureigenste Schöpfung der kapitalistischen Ordnung, der sich der moderne Arbeiter zu erfreuen habe, die ihn weit über seinen Vorgänger, den Sklaven und Leibeigenen früherer Zeitalter, stelle und ihn zum freien Manne erhebe. Seinem Glück als solchem stehe nun nichts mehr entgegen, soweit er es verstehe, von dieser seiner Freiheit den geeigneten Gebrauch zu machen, namentlich sich nicht von anderen in die Bestimmungen seines mit dem Unternehmer abzuschließenden Arbeitsvertrages hineinreden zu lassen, sondern, gestützt auf seine eigene Kraft und Fähigkeit, als freier Mann seine Arbeitskraft zu Bedingungen verkaufen, wie es ihm beliebt.

In der Theorie klingt das alles sehr gut; praktisch liegt die Sache aber durchaus anders. Weil das der Fall ist, so machen begreiflicherweise die Arbeiter weit weniger als der Kapitalist über die heutige, von ihm so sehr gepriesene „Freiheit“ des Arbeitsvertrages, weil er (der Arbeiter), gewöhnt durch die Tatsachen und belehrt über die ökonomischen Zusammenhänge und Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, es sehr wohl weiß, daß er, so lange er den Schutz und Rückhalt der gewerkschaftlichen Organisation entbehrt, dem Kapitalisten und schließlich jedem Unternehmer gegenüber in einer ungünstigen Position ist.

Obgleich schon oft auf das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Kapital hingewiesen worden ist, so wollen wir doch noch einmal mit kurzen Worten darauf zurückkommen, weil dies für die Beurteilung und Erkenntnis der Verschiedenartigkeit der Lage der „Kontrahenten“ notwendig ist.

Wenn ökonomisch genommen, das heißt alles traditionellen und sonstigen Bewerks entkleidet, stehen sich Unternehmer und Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte als Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft gegenüber. Der Unternehmer kauft, der Arbeiter verkauft die Arbeitskraft. Auf den ersten Blick erscheint dieses Verhältnis als ein durchaus natürliches, namentlich wenn man an Kauf und Verkauf im eigentlichen Sinne des Wortes denkt, wobei immerhin Umstände verschiedener Art eintreten können, die bald den einen, bald den anderen Teil günstiger stellen, je nach dem Wirken von Angebot und Nachfrage. Im allgemeinen kann man sagen, daß derjenige, der kaufen will, sich nicht an Ort und Zeit, auch nicht in Beziehung darauf bindet, was und von wem er kaufen will, soweit es ihm die Umstände gestatten.

Weit ungünstiger ist die Position des Verkäufers. Er muß warten, bis sich ihm eine günstige Gelegenheit zum Verkaufe seiner Ware bietet. Findet er diese aber nicht, so muß er dem Käufer eben günstigere Verkaufsbedingungen bieten. Wenn wir das vom Kauf und Verkauf Gesagte auf die Ware Arbeitskraft anwenden, so finden wir, daß für sie ganz dasselbe gilt. Der Arbeiter, der „freie Arbeiter“, tritt den Markt, um seine Arbeitskraft zum Verkaufe anzubieten. Er hat zwar das natürliche Bestreben, seine Ware Arbeitskraft so vorteilhaft wie möglich zu verkaufen, das heißt den Preis dafür so hoch und die Arbeitsdauer so niedrig zu stellen, daß sich der Verkauf auch lohne. Nun sind aber der Verkäufer so viele, daß ihm dies nicht leicht gelingen wird. Bei der großen Zahl von „Händen“ wird das Angebot von solchen immer größer sein als die Nachfrage nach ihnen, so daß ein großer Teil der Arbeiter keine Arbeitsgelegenheit findet. Hierin liegt die Ursache der ungünstigen Lage des Arbeiters, die ihn zwingt, seine Arbeitskraft um einen niedrigeren Lohn zu verkaufen. Er ist genötigt hierzu, weil er aller Mittel für seinen Unterhalt beraubt ist. Diese seine Mittellosigkeit zwingt ihn, wenn er existieren will, sich in den Dienst des Unternehmers zu begeben und dessen Bedingungen anzunehmen. Er hat keine andere Wahl. Er steht vor einem Entweder-Oder: Friß Vogel oder stirb.

Ganz anders, d. h. vorteilhafter, ist die Lage des Unternehmers. Dieser, im Besitze der Produktionsmittel,

kann für gewöhnlich die Arbeitskraft kaufen, wann er will, als der wirtschaftlich stärkere Teil legt er die Arbeitsbedingungen fest, worunter er die Arbeiter einstellen will, denen sich diese aus den vorhin genannten Gründen wohl oder übel fügen müssen.

In dieser ungünstigen Lage dem Unternehmer gegenüber bleibt der Arbeiter jedoch nur, so lange er sich der so viel gerühmten „Freiheit“ zu erfreuen hat. Gibt er diese Freiheit aber auf, unterwirft er sich dem „Zwange“ einer gewerkschaftlichen Organisation, deren Satzungen er in Beziehung auch auf den Arbeitsvertrag anerkennt und ihnen auch nachlebt, wird er dadurch „unfrei“, daß er einer gewerkschaftlichen Vereinigung beiträgt, so kommt er dadurch dem Unternehmer gegenüber in eine weit günstigere Stellung. Die Macht oder der auf den Machtmitteln beruhende Einfluß der Organisation, die ihm einen Rückhalt bietet, setzt ihn erst in den Stand, mit dem einzelnen Unternehmer auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln. Gestützt auf die Organisation, die ihn im Falle des Nichtzustandekommens des Arbeitsvertrages vielleicht durch Arbeitslosenunterstützung nach Möglichkeit schadlos hält, wird der Arbeiter jeden Versuch des Unternehmers zurückweisen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig festzusetzen; er wird sich hingegen zum Verkaufe seiner Ware Arbeitskraft nur dann bereit finden lassen, wenn ihm Bedingungen geboten werden, die seinen Wünschen oder den Absichten und Aufgaben seiner Gewerkschaftsorganisation entsprechen.

Als ein „freier“ Arbeiter auf sich und seine Arbeitskraft angewiesen, ist er ein Spielball in den Händen des Unternehmers. Er muß sich wohl oder übel dem unterwerfen, was dieser hinsichtlich des Arbeitsvertrages von ihm verlangt. Er ist auf Gnade und Ungnade diesem gleichsam ausgeliefert und in Wirklichkeit gar kein freier Mann, sondern ein Sklave, wenigstens in dem Sinne, wie ihn die heutige gesellschaftliche Ordnung unter der modernen Produktionsweise kennt.

Der organisierte Arbeiter dagegen, der sich dieser „Freiheit“ begeben hat, der allerdings fremdem Willen folgt, der aber der Wille der Gesamtheit aller derjenigen ist, die ein gleiches Interesse verbindet, er steht in Wirklichkeit dem Unternehmer als ein freier Mann gegenüber. Die Wirkung des wirtschaftlichen Uebergewichtes, das den Kapitalisten als Besitzer der Produktionsmittel und als den stärkeren Teil in den Stand setzt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Arbeiter zu diktiert, wird einigermaßen ausgeglichen durch die Wirkung der Kräfte vieler, die in der Vereinigung, d. h. in dem Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisation, liegt.

Der Kapitalismus, so sehr er sich auch hier und da in den korporativen Arbeitsvertrag schiebt, zugetan ist er ihm nicht; er hält es mit der „Freiheit“ des individuellen Arbeitsvertrages, weil dies in seinem Interesse entspricht. In seinem „Freiheitsgefühl“ bewirkt er jeden Eingriff in diese ihm so nützliche Freiheit der Ausbeutung und sieht in der Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen die Unfreiheit, weil diese für ihre Mitglieder in Beziehung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Forderungen erheben, und, wenn sie hinreichend erstarbt sind, auch diese Forderungen tariflich festzulegen sich bemühen. Uebrigens sind die Unternehmer bereits selber dahin gelangt, sich der von ihnen gepriesenen Freiheit zu begeben und fremdem Willen zu gehorchen, indem sie sich ebenfalls zu Interessensvereinigungen koalieren.

Dieser Umstand wird die Arbeiter aber darauf hinweisen, ihre gewerkschaftlichen Organisationen, die auch im letzten Jahre wieder außerordentlich erstarbt sind, zu immer machtvolleren und einflussreicheren Institutionen zu erheben und sie dadurch in den Stand zu setzen, mit den Unternehmerkoalitionen auf korporativer Grundlage Arbeitsverträge abzuschließen, um auf diesem Wege zu

einem wirklich freien Arbeitsvertrage zu gelangen.

Schr.

Die Finanzen des Reiches und die deutschen Bundesstaaten.

In dem kürzlich erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten. Sie behandelt die Ausgaben, Einnahmen, wichtigen Bestandteile des Staatsvermögens sowie die Schulden. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Jahr 1906, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1904.

Insgesamt betragen nach den Voranschlägen der Bundesstaaten von 1906 die Staatsausgaben 4618 Mill. Mark (darunter 120 Mill. Mark außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 7189 Mill. Mark (darunter 407 Mill. Mark außerordentliche).

Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4606, bei Reich und Bundesstaaten auf 7177 Mill. Mark, davon außerordentliche (aus Anleihen und sonstigen Staatsfonds) 110 bzw. 397 Mill. Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte (2206 in Ausgaben und 3099 Mill. Mark in Einnahmen) an erster Stelle. Der Hauptanteil hiervon entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 1591 bzw. 2267 Mill. Mark in Ausgaben und Einnahmen. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Post, Telegraph, Staatsdampfschiffahrt und die sonstigen Staatsbetriebe. Von dem Reinertrage des Reiches an Erwerbseinkünften (123 Mill. Mark) liefern Post und Telegraph 81, Staatsbahn 20, den Rest die sonstigen Betriebe (Anteil an der Reichsbank, Reichsdruckerei, Münzwesen).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An direkten Steuern erheben die Bundesstaaten 496 Mill. Mark, an Aufwand 80, an Verkehrs- 71, an Erbschafts- und Schenkungssteuern 30 Mill. Mark.

Das Reich bezieht an Pöllen 627, an indirekten Steuern 578 Mill. Mark (darunter 62 auf Grund der neuen Steuergesetze).

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberresten früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 723 326 Hektar, an Forsten 4 946 981 Hektar, die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 50 147 Kilometern und ein Anlagekapital von 13 296 Mill. Mark.

Die funktierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1906 für die Bundesstaaten auf 12 452, für das Reich auf 3384 Mill. Mark, die schwebenden Schulden betragen insgesamt 208 Mill. Mark; davon entfallen auf das Reich 160, auf Hamburg 29 Mill. Mark.

An direkten und indirekten Steuern werden also jährlich dem deutschen Volke die Meistigkeit von 1882 Mill. Mark abgepreßt, macht pro Kopf der Bevölkerung 81 M. Der Arbeiter also, der seine Frau und drei Kinder zu ernähren hat, hat pro Jahr 155 Mark an direkten und indirekten Steuern an Reich und Staat zu zahlen. Dazu kommen noch die Gemeindesteuern usw. und vor allem die Vertenerung der Lebensmittel, wie sie durch die indirekten Steuern herbeigeführt wird. So hat beispielsweise das deutsche Volk jährlich rund 180 Mill. Mark an Getreidezöllen in die Reichskasse zu zahlen, daneben aber noch an die deutschen Getreideproduzenten 1100 Millionen;

Tilfit.*

Erst im Juni begannen die Verbündeten wieder die kriegerischen Unternehmungen. Die Schlacht von Friedland am 14. Juni war die Wiederholung von Jena im Osten. Die russische Armee floh in wilder Flucht auseinander, sie bestand im Grunde nur noch aus Wägen. Die Verbündeten zogen sich hinter Memel zurück. Die Verteidigung Königsberg wurde aufgegeben.

Altenals war Napoleon so stark wie in diesem Augenblick. Ganz Preußen war jetzt in seiner Hand und niemand hätte es mehr retten können. Und wiederum wollte Napoleon nichts wie den Frieden.

Der letzte Akt des Dramas hat an. Es endigte in einer höflichen Possenszene, die nach ihres Dichters harzt. In blutbespritztem, gellendem Gelächter vollzog sich die letzte Entwürdigung eines Monarchen, den nur noch eine Gier trieb: das einzige Gewerbe, das er verstand, das Gottesgnadentum sich zu retten, und wenn er sich die Stücke der zerbrochenen Krone im Not zusammensuchen mußte. Was hätte dieser König im Exil auch anfangen sollen! Die preussische Legende hat die Farce von Tilfit in eine tränenerregende Tragödie der schuldlos leidenden Geliebten umgewandelt. Wie oft haben wir in Wort und Bild die Königin Luise erlebt, wie sie, gehüllt in ihre Tugend und ihre Vaterlandsliebe, küßt vor den teuflischen Herrscher der Welt trat, der unwillkürlich sich vor solcher Macht der Meinheit beugte. Wir kennen heute die Szene und ihre Vorbereitung in allen Einzelheiten, und nichts bleibt übrig, als das fast beschämende Gelächter über die Erniedrigung dieser Puppen der großen Welt, die — ihres Stützens beraubt — nur noch nackte Menschen sind. Frau Luise war keine Judith, die in das Lager des verhassten Feindes ging, sich in wildem Ekel ergab, um ihr Vaterland zu retten. Napoleon war freilich auch kein Sokofernes. Luise war eine wohlstandige Dame, die, durch die zahllosen Guldbildungen für ihre Weiblichkeit ihre Wirkung überschätzend, in einer einstudierten Romanrolle einem harten Gläubiger für den hankratten Gemahl günstigere Bedingungen abzumachen wollte. Der Mann, der keine Frau sucht, — nichts weiter als dieser im bürgerlichen Leben sich unzählige Male ereignende Geschäftskauf — war die Haupt- und Staatsaktion von Tilfit.

Während des Feldzuges 1807 war dem Bürger Adam Müller zu Weiskopf bei Wiesloch (in Baden) der Geist des Herrn mehrfach erschienen und hatte ihn verraten, der König von Preußen würde mit Hilfe Russlands mächtiger werden als zuvor. Müller reiste nach Königsberg, wo er nach zahlreichen Anlässen eintraf, brachte seine Prophezeiung vor, ward dort höchst freundlich aufgenommen und von der Königin beschenkt.

* Wir entnehmen diese Ausführungen dem Buche Kurt Eisners, „Das Ende des Reichs“, Berlin, Buchhandlung Vorwärts, Preis brosch. 4 M., geb. 5 M.

Aber der Geist des Herrn konnte den Haren nicht. Alexander I., der geschworen hatte, mit seinem Freunde zu liegen oder unterzugehen, ließ aus qualvoll zerrissenem Herzen nach der Niederlage bei Friedland dem König mitteilen, daß er die Hoffnung aufgab, und daß er den General Bennigsen zu Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigt hätte, aber nur, wenn der Zustand der Armee es durchaus notwendig machte. Der treue Freund verschwieg seinem Bundesgenossen, daß er bereits auch den Fürsten Lobanow ermächtigt hatte, mit Napoleon über den Frieden zu verhandeln. Der Bruch des Schwurs, den 1805 Friedrich Wilhelm III. beim Graube des einzigen Friedrich geleistet, dem Haren ewig beizugehen, war nun vom Haren mit gleicher Münze heimgekehrt. Er lud den König nach Taurroggen zu einer Unterredung ein. Aber Taurroggen schien ihm dann doch nicht sicher. Im Speere garte es. Schon sah er das Schicksal seines Vaters vor Augen, des Haren Paul, den er hatte ermorden lassen, um auf den Thron zu kommen — die fromme Luise fand ihn um des bishigen Vatermordes willen nicht weniger herauschend ebel. Bis nach Szawl flüchtete er, 160 Kilometer von der französischen Armee entfernt. Hier nun beschloß er, sich in den Schutz Napoleons zu begeben, zunächst einen Waffenstillstand zu schließen, für sich allein, ohne den Preussenkönig auch nur in Kenntnis zu setzen. Um das Geschäft allein mit Napoleon abzumachen, ließ der Bar förmlich vor dem König davon. Kaum war Friedrich Wilhelm III. in Szawl eingetroffen (am 21. Juni), so reiste Alexander nach Taurroggen. Derweil kam schon die Nachricht, daß zwischen Frankreich und Rußland allein ein Waffenstillstand abgeschlossen sei. Der König eilte dem Haren nach, holte ihn in Taurroggen ein; der aber entschloß sich ihm wieder. Ein beides Spottbild, wie der König dem Haren nachläuft, um ihn am Ufer zu fassen, wie aber der Bar in dem Wettlauf zu Napoleon Sieger bleibt! Am 24. Juni bat der Bar den französischen Kaiser um eine Unterredung und bot ein Bündnis an. Der Herrscher des asiatischen Europa, der Despot eines mittelalterlichen Miesereiches der Barbarei, betrat vor dem Sohne der Revolution. In Piktuphonen, eine Meile von Tilfit, auf einem im Meeresstrome veranfertigten Floße, trafen sich Bonaparte und Alexander I. Sie sprachen von einem Bündnis gegen England, von der Aufstellung der Ärkfel. Um Ufer in russischen Militärarmen, mitten unter russischen Offizieren, stand zwei Stunden lang in strömendem Regen Friedrich Wilhelm III., angstvoll des Augenblicks harrend, wo man seiner begehrte — eine ins Russische überetzte Canossaszene. Aber man dachte nicht an ihn. Endlich am 26. Juni wurde der König auf das Floß des Schicksals genommen. „Ich habe ihn gesehen“, — schrieb der König an seine Gattin nach Memel — „ich habe mit diesem Ungeheuer gesprochen, den die Hölle ausgespien, den Beisehub gepoimt hat, daß er die Geißel der Erde sei.“ Auf Wunsch Napoleons stellte Friedrich Wilhelm III. ihm seine Begleitung vor. „Denke Dir,“

fährt der König in seinem brieflichen Bericht fort, „dieses Vieh ist so unhöflich gewesen, mich weder vorzustellen, noch sein infernalisches Gefolge mir vorstellen zu lassen. Napoleon habe den Haren zum Diner eingeladen, ihn nicht. Nach solchen Schimpfereien flüchtete Friedrich Wilhelm vorsichtig hinzu: „Ich bitte Dich, mach keinen unvorsichtigen Gebrauch von dem Inhalt des Briefes, vergiß nicht, daß wir mehr als jemals in den Fängen des Vogels steck sind.“ Napoleon unterhielt sich übrigens mit Friedrich Wilhelm III. über die Mißstände in der — preussischen Armee.

Luise, die man in diesen Briefen bei ihrer immer abgelegneten politischen Tätigkeit beobachten kann, bein-flüchtete von Memel aus den Gemahl im Sinne Hardenbergs. Sie redet auf ihn ein, wie auf einen Menschen, dem man die Sache sehr oft wiederholen muß, damit er sie begreift. In einem Briefe wiederholte sie ein Dutzend Mal unermüdet die Lösung: Du darfst nicht Hardenberg diesem Teufel, diesem Doktor Faust und seinem Janulus (Zallebrand) opfern, das sei der erste Schritt zur Sklaverei und würde ihm die Verachtung der ganzen Welt zuziehen. Der König solle lieber auf die Hälfte seines Bestes verzichten, aber nicht durch Beitritt zu den Rheinbundstaaten seine Unabhängigkeit opfern. Die Unhöflichkeit Napoleons überrascht die Königin nicht; denn ihm fehlte der gute Wille oder es sei Mangel an Lebensart und an Kenntnissen der Hofgebräuche. „Car comment voulez-vous que oot être infernal, qui c'est aus dem Not emporgeschungen, sache es qu'il doit aux Roix?“ tröstet sie stolz den Gemahl in ihrem deutsche Brocken einmischenden Französisch. Sie nennt Napoleon den Anfaßen. Sie ruft Gottes Mache an, weil auf dem Memel-Babylon nur die Initialem N. und A. angebracht sind, aber nicht das F. W. des Landesherren. Sie schilt ihn einen Unwürdigen, einen verruchten Mörder und zitiert — falsch — Maria Stuart: „In dieser Brust wohnt kein Herz.“ Am 1. Juli klagt der König, wie schwer es sei, mit Napoleon zu verhandeln. Auf dieselbe Weise, wie bereingt keine höflichen Kreaturen beim König sich bemerkbar zu machen suchten, so verfährt Friedrich Wilhelm jetzt selbst gegenüber Napoleon. Er bemüht sich, seinen guten humor abzuwaschen. Bei der Revue habe man ihm geraten, sich in der Nähe des Kaisers zu halten, weil er dann anzusprechen ließe. „Nun, ich habe diesen Worten nicht mehr verfallen, wie ein Kavallerie-Wachmeister. Wer glaubst Du, daß er an mich das Wort gerichtet hat? Nicht ein einziges Mal. Aber ich versuchte es, so oft ich die Gelegenheit dazu fand, es zu tun. Dann hat er mir höflich aber kurz geantwortet, und alles, was er mit mir gesprochen hat, war die Frage, ob Tilfit eine alte Stadt sei.“ Um das Ungeheuer seiner Lage zu steigern, begegnete er im Vorzimmer Napoleons regelmäßig dem Fürsten Friedrich von Hohenzollern-Hechingen, seinem früheren Obristleutnant, in französischer Uniform.

(Schluß folgt.)

den um soviel wird ihm das in Deutschland gebaute und konsumierte Getreide durch die Getreidezölle verteuert. Und eine entsprechende Verteuerung tritt bei allen Verbrauchsartikeln ein. Genau läßt sich bei diesem raffinierten System die Belastung des deutschen Steuerzahlers überhaupt nicht berechnen. Danach ermittle man die Rühmlichkeit der offiziellen Behauptung, daß Deutschland das Land der niedrigsten Steuern sei. Genau das Gegenteil ist die Wahrheit.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach:
 Bad Brückenau, Göllich, Passau, Westerland auf Sylt, Zinnerstadt im Allgäu.
 Sperren. Die Sperre wurde verhängt über die Werkstätten von Froschmeier in Bad Mibling, Jacobz, Michaelen u. Guhl in Schwarzenbeck, Knothe in Neugersdorf (sächsische Lausitz), Denzel, Auf dem Kreuz in Ulm, Gebr. Meier in Offenburg, resp. die Kasernenneubauten in Müllheim i. B.
 In Sagan wurde wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Lohntarifs über die Firmen: Max Fritzsche, Oskar Langer und Jos. Göllich die Sperre verhängt.
 Pfungstadt. Da sich die Unternehmer weigern, den Tariflohn zu bezahlen, wurde über ihre Geschäfte die Sperre verhängt, ausgenommen die Firmen Gebr. Sauer, Jakob Grund, Ludwig Hiltgärtner, Ober, Spieß und Ludw. Wötcher v.
 Wegen der Kämpfe im Baugewerbe zu Berlin und Erfurt werden die Kollegen vor Zureise gewarnt.

In Meß haben die Kollegen ihre Lohnbewegung nach einem 14-tägigen Streik, woran 170 Kollegen teilnahmen, mit vollem Erfolge beendet. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden und der Mindestlohn auf 45 und 50 S die Stunde festgelegt.

Falkenstein i. B. Die hiesigen Kollegen befinden sich in der Lohnbewegung und erjuchen, da sich bisher die Meister sträubten, irgend welches Zugeständnis in Bezug auf eine Aufbesserung der hier noch 33 bis 38 S betragenden Stundenlöhne zu machen, den Zuzug streng fernzuhalten.

Reichenau bei Rittau. Die hiesigen Kollegen haben mit ihren Meistern einen Lohnarif vereinbart. Dadurch ist für die erst kurze Zeit organisierten Kollegen eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeigeführt worden.

Bosen. Der zum Abschluß gekommene Tarif hat Gültigkeit bis 15. Mai 1910. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. In den drei Tarifjahren beträgt der Mindestlohn pro Stunde für Junggehilfen: 41, 42, 43 S; für Gehilfen über 21 Jahre 44, 45, 46 S; für Anstreicher: 86, 87, 88 S. Ueberstunden werden mit 10 S, Sonntags- und Nachtarbeit mit 25 S pro Stunde Zuschlag bezahlt. Für auswärtige Arbeiten erfolgt ein Zuschlag von 50 bis 150 S pro Tag. Bei gefährlichen Arbeiten, beim Leiter- und Brückengerüstbau wird pro Stunde 5 S mehr bezahlt. Gegenseitige Kündigung ist ausgeschlossen. Die Akkordarbeit ist im Interesse des Gewerbes möglichst zu beseitigen. Dies sind die wichtigsten Punkte des Tarifs. Im § 8 heißt es dann noch: „Der Arbeitgeber hat zu sorgen, daß auf der Arbeitsstelle Sauberkeit und reine Gefäße zum Waschen vorhanden sind. — Für Handtücher hat der Arbeitnehmer zu sorgen.“ Der erste Satz im § 8 kommt zwar in so vielen Lohnarifen noch vor, trotzdem er auf Grund der erlassenen Bundesratsverordnung als überflüssig gelten muß, denn jeder Arbeitgeber unseres Gewerbes ist gesetzlich verpflichtet zur Einhaltung der Bestimmungen obiger Verordnung. Ganz entschieden müssen wir uns aber dagegen wenden, wenn in Lohnarifen Bestimmungen Aufnahme finden, wie hier: „für Handtücher hat der Arbeitnehmer zu sorgen,“ die mit den klaren Bestimmungen des § 5 der Bundesratsvorschrift in Widerspruch stehen. Des öfteren haben wir bereits unsere Mitgließer darauf aufmerksam gemacht, daß es unstatthaft ist, die genannten Gesetzesbestimmungen oder auch einzelne, den Meistern vielleicht unbequeme Vorschriften, durch einen Tarifvertrag auszuhalten zu wollen. Die auf Grund § 120 d der G.-D. erlassenen Vorschriften sind zwingender Natur und können durch keinen Arbeitsvertrag aufgehoben werden. Also auch im Bosen Lohnarif ist der Passus, daß die Kollegen selbst die Handtücher stellen müssen, unstatthaft, er hat keine gesetzliche Gültigkeit und muß unbedingt gestrichen werden.

Bromberg. Am 6. Juli wurde hier nach zweitägiger Verhandlung ein Tarifvertrag mit der Innung und den Mitgließern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe durch unseren Verband und den christlichen, gültig vom 15. Juli d. J. bis 1. April 1910, abgeschlossen.

Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden täglich. Im Winter regelt sich die tägliche Arbeitszeit nach freier Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Der Minimumlohn beträgt für Junggehilfen unter 21 Jahren bis zum 31. März 1908 38 S pro Stunde, ab 1. April 1908 bis 31. März 1909 40 S und von da ab 42 S pro Stunde. Für ältere Gehilfen über 21 Jahre beträgt der Minimumlohn bis 31. März 1908 40 S und ab 1. April 1908 bis 31. März 1909 44 S und von da ab 46 S pro Stunde. Anstreicher, welche 5 Jahre im Gewerbe tätig sind, erhalten einen Minimumlohn von 36 S und solche, die erst zwei Jahre im Beruf tätig sind, 32 S pro Stunde. Für alle Gehilfen oder Anstreicher, welche diese Mindestlöhne und darüber schon erhalten, tritt eine sofortige Lohnerhöhung von 2 S pro Stunde ein. Für Ueberstunden sind 15, für Nacht- und Sonntagsarbeit 40 Prozent Zuschlag zu zahlen. Beim Ausschleifen oder Niederlegen der Gerüste an Fassaden sind 5 S pro Stunde mehr zu zahlen.

Des Sonnabends ist um 5 Uhr, also eine Stunde früher Feierabend. An den Tagen von Ostern und Pfingsten ist um 4 Uhr Feierabend. Aber nur an den letzten zwei Tagen wird der Lohn für den ganzen Tag bezahlt.

Für die Bromberger Verhältnisse in unserem Beruf ist noch die Bestimmung von Wichtigkeit sowie charakteristisch für die hiesigen Zustände, daß Arbeitgeber, die bis zu fünf Mann beschäftigten, höchstens zwei Arbeitsburschen halten dürfen. Größere Geschäfte dürfen für je weitere fünf Mann einen weiteren Arbeitsburschen beschäftigen. Als Arbeitsburschen sind alle diejenigen zu betrachten, die noch nicht drei Jahre im Malergewerbe tätig sind.

Den Wert und die Notwendigkeit dieser Bestimmung werden nur die Kollegen richtig einzuschätzen wissen, die dieses „Arbeitsburschen-Ungewesen“ hier am Orte selbst kennen gelernt haben. Anstatt in die Lehre zu gehen, zogen die jungen Leute es vor, sofort nach Entlassung aus der Schule als Arbeitsburschen in die Malergeschäfte einzutreten. Die Zeit des „Karreschiebens“ war denn auch für diese Jünglinge bald vorüber und nicht selten konnte man junge Leute von 16 Jahren und noch jünger beim Streichen von Fenstern usw. im Akkord antreffen.

An solchen Orten klagen dann die Meister am stärksten und gegenüber, daß sie gar keine tüchtigen Kräfte haben. Zu dem einzigen radikalen Mittel, einen angemessenen Mindestlohn festzusetzen, unter dem niemand im Gewerbe beschäftigt werden darf, können sich die Herren Arbeitgeber aber nicht entschließen. Im Gegenteil, auch hier wollten sie wie so häufig für Anstreicher, also auch für die sogenannten Arbeitsburschen, überhaupt keinen Lohn festgelegt wissen. Wir wollen nun abwarten, inwieweit die Arbeitgeber die jehigen Abmachungen als Uebergangsstadium zur wirklichen Befreiung der Verhältnisse im Gewerbe betrachten und ob sie in der nächsten Verhandlung gewillt sein werden, mit uns einen weiteren Schritt zu tun zur Beseitigung derartiger Mißstände.

Aber auch an anderen Mitgließern in Bromberg wird es in erster Linie liegen, daß dieser Tarif nicht nur in allen seinen Positionen durchgeführt und aufrecht erhalten wird, sondern inwieweit es uns auch nach Ablauf dieses Tarifes gelingen wird, kraftvoll von dieser Grundlage aus weiter aufzubauen. Die Kollegen Brombergs müßten eigentlich schon durch Schaden klug geworden sein, sie müßten aus der Vergangenheit bereits genug gelernt haben. Darum Kollegen, frisch auf ans Werk!

Zu den Differenzen in Pfungstadt wird uns aus Darmstadt berichtet: Als vor zwei Jahren die Darmstädter Kollegen im Streik standen, bewilligten einige Meister in Pfungstadt die Forderung durch Unterschrift. Inzwischen wurde das vergessen, oder auch nicht; kurzum, man bezahlte weniger. Wir erinnerten deshalb durch eine Zuschrift vom 23. April die Meister daran. Als nur einige zögernde Antworten eingingen, erluchten wir am 8. Mai um eine persönliche Aussprache nach, da wir glaubten, es liege ein Mißverständnis vor. Nachdem wir wieder keine Antwort erhielten, verhängten wir am 9. Juni die Sperre über die betreffenden Werkstätten. 5 Kollegen arbeiteten für den Tariflohn und 2 legten die Arbeit nieder und traten anderwärts in Arbeit. Nun besannen sich einige Meister, daß doch in Darmstadt ein Meisterverband bestehe, der ihnen vielleicht helfen könnte. Es wurde an denselben geschrieben, ein Vorstandsmitglied ging dorthin und gründete eine Mitgliedschaft, der sofort vier und später noch ein Meister beitraten. Nun war man gesichert; die Pfungstädter hatten richtig spekuliert, denn am 22. Juni entsandte man einen Gehilfen, der hier bei der Witwe Delp die Arbeit eingestellt und wurde dieser auf Veranlassung des Meisterverbandes sofort entlassen, den anderen konnte man nicht ausfindig machen und so blieb dieser verschont. Wir betrachteten dies als einen Versuch gegen unseren Tarif und erluchten um eine Besprechung nach. Nun wurde uns erklärt, daß die Darmstädter Meister Pfungstadt nicht zum Lohngebiet Darmstadt betrachten und ihnen auch nicht bekannt sei, daß Pfungstädter Meister den Tarif anerkannt hätten. Von unserer Seite wurde darauf erwidert, daß die Meistervereinigung ihre Organisation bedeckt. Da die Sache nicht genug geklärt war, wurden unsere Angaben nachgeprüft. Am 1. Juli erhielten wir vom Vorstand der Meistervereinigung ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Wir bedauern von den Pfungstädter Kollegen falsch unterrichtet worden zu sein und haben unter den tatsächlichen Verhältnissen nichts dagegen einzutenden, wenn unsere Verbandsmitglieder aus Pfungstadt kommende Gehilfen einstellen wollen.“

Ob die Darmstädter Meister wußten, daß seinerzeit die Pfungstädter den Tarif unterschrieben hatten oder nicht, bleibe dahingestellt. Nachdem ihnen aber von den Pfungstädtern mitgeteilt, daß die Gehilfen streikten (?), wie sie sagten, lag nichts näher als die Frage: Warum streikten die denn? Auch war die Sperre im „Verbands-Anzeiger“ und der „Volkszeitung“ in Mainz bekannt gegeben, welche die Herren doch genau lesen. Die Meister berufen sich auf ihr Statut, wonach sie verpflichtet seien, einzugreifen. Wir standen, wie erwähnt, schon seit dem 23. April in Verhandlungen und schickten zwei Schriftstücke an die Meister. Auch hatten doch verschiedene Meister unterschrieben und wir verlangten doch nur, daß es auch gehalten werde. Das werden doch die Herren Meister nicht unterschlagen haben. — Wenn soll man da noch Glauben schenken?

Unsere Kollegen mögen sich diesen Fall genau merken; er ist aus demselben Geiste hervorgegangen wie die Ueberbacher Lohnbewegung, an der die hiesige Meistervereinigung mitgewirkt hat.

Ladierer!

Neu-Isenburg. Die Sperre über die Möbelfabrik Schaller u. Sohn besteht weiter, da die Firma bei der vorigen Woche stattgefundenen Verhandlung jede Erhöhung des Wochenlohnes rundweg ablehnte. Besonders ein Herr Dittermann als Vertreter oder Berater der Firma suchte in ganz erregten Aeußerungen zu beweisen, daß die Firma nicht mehr bezahlen könnte und die Ladierer auch nicht mehr verdienen würden, der Lohn wäre auch vollständig genügend. Ei, ei, Herr Dittermann! Vor Tisch las man es anders! Haben Sie nicht auch im Jahre 1904 in Frankfurt a. M. für Erhöhung der Löhne gekämpft? Doch Herr Dittermann gab ja offen seinen Gesinnungswechsel zu, indem er sagte, als Angestellter der Firma verpflichtet zu sein, auch für diese einzutreten. Die 1/2-tägige Verhandlung verlief vollständig resultatlos, da die Firma sich unter keinen Umständen zu einem Zugeständnis bereit erklärte, vielmehr „brüsk“ betonte, überhaupt keine Ladierer mehr zu beschäftigen und die Arbeit an einen Meister zu vergeben. Es wird sich ja zeigen, ob die Firma nicht bald den Schaden ihrer ablehnenden, eigensinnigen Haltung fühlt.

Nürnberg. (Ladierinnenbewegung.) Einem im letzten Frühjahr gefaßten Beschlusse gemäß, wurde hier in den letzten Monaten eine intensive Agitation unter den Ladierinnen entfaltet. Wohl über 1000 Ladierinnen und Heimarbeiterrinnen beherbergt die Industriestadt Nürnberg. Am meisten vertreten sind die Ladierinnen in den zahl-

reichen Metall- und Spielwarenfabriken, in denen zum Teil noch die tragesten Zustände vorherrschend sind.

Den Meigen der Agitation eröffnete Kollege Müller durch Abhaltung zweier Werkstattversammlungen der großen Firma Gebr. Bing. Diese Firma umfaßt zwei Berufs-zweige, einerseits Haushaltungsgegenstände und andererseits Spielwaren. Im ganzen dürfte die Firma zirka 30 Kollegen und 150 Kolleginnen beschäftigen. Während die ersteren gut organisiert sind, lassen die letzteren noch viel zu wünschen übrig, da nur 30 bei uns und ungefähr 10 beim Metallarbeiterverbande organisiert sind. Ausbeutung, Rechtslosigkeit und brutale Behandlung sind hier an der Tagesordnung. Die Firma besitzt ein Ausbeutungssystem, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Auf dem Kalkulationsbureau werden die Akkordsätze für die einzelnen Artikel festgelegt und zwar immer so niedrig als nur möglich, so daß die Ladierinnen an ein beuemes Arbeiten überhaupt nicht denken können, sondern fortgesetzt zu schuften genötigt sind, um einen nur einigermaßen anständigen Lohn zu erzielen. Kommt nun einmal eine Kollegin nicht auf ihren Stundenlohn, so wird ihr ein sogenannter Vorschub bis zur Höhe ihres Stundenlohnes gewährt. Dieser Vorschub wird aber dem Meister auf dem Kalkulationsbureau als Defizit angerechnet. Kommt nun der Jahresluß, so werden die Meister zu einer Konferenz auf das Direktionsbureau gerufen und hier wird jedem einzelnen Meister vorgerechnet, wieviel Defizit er das Jahr über gemacht hat. Auf diese schlaue Art und Weise gelingt es natürlich der Direktion, die Meister immer mehr als Werkzeug zur Ausbeutung der Arbeiter zu benutzen, da eben jeder Meister darauf bedacht ist, die ihm unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen so viel wie möglich anzutreiben, um möglichst wenig Defizit zu machen und sich dadurch die Gunst des Direktors zu erwerben. Leider sind die Herren Meister noch so rückständig, überhaupt an ein Defizit bei einem derartigen Wanderver zu glauben. Ist doch allgemein bekannt, daß die Firma noch alljährlich nach Abschluß des Geschäftsjahres 12 bis 15 Prozent Dividende zu verteilen imstande war. Doch es wäre vergebene Mühe, wollte man an die Vernunft dieser Herren Meister appellieren. So lange diese Herren gegenseitig selbst zerfleischen, so lange das verhängnisvolle Spitzelwesen unter ihnen besteht, wird an eine bessere Einsicht dieser Leute nicht zu denken sein. Die in dem Betrieb bestehenden traffen Zustände zu beseitigen, kann nur Aufgabe der Kollegen und Kolleginnen selbst sein. Aber dazu ist notwendig, daß kein Kollege und keine Kollegin mehr der Organisation fernsteht. Ähnliche Zustände, wie die oben angeführten, bestehen auch in anderen Betrieben. Wir müssen deshalb alles daran setzen, um insbesondere die Ladierinnen der Organisation zuzuführen. Dazu ist aber notwendig, daß nicht die Agitation immer nur in den Händen einzelner weniger Kollegen liegt, sondern daß jeder dazu beiträgt, die Ladierinnen und Heimarbeiterrinnen auf die Organisation aufmerksam zu machen. Die Arbeitersekretärin Genoffin Grünberg hat bereits ihre Mitarbeit zugesagt. Hoffen wir, daß die so schönen Erfolge, die die hiesige Nürnberg in den letzten Monaten durch die intensive Agitation unter den Kollegenkreisen gemacht hat, auch bei der Agitation unter den Kolleginnen nicht ausbleiben mögen.

Aus unserem Verufe.

+ Veranfall. In Bremen stürzte am 25. Juni ein Schiffsmaler bei der Arbeit von dem an der Schiffswand angebrachten Hängegerüst in den Werftkhanen. Er fiel zunächst auf einen Schwinmer und verlor dann in die Tiefe. Tags darauf wurde die Leiche gefunden.

+ Arbeitslosenstatistik der Filiale Frankfurt a. M. für den Monat Mai 1907.

Betrugten	Zahl der Tage wegen		Tage auf pro Kopf der		Lohnverlust wegen		Gesamt-Lohnverlust					
	Arbeitsmangel	Frankheit	Betrugten	Arbeitslosen	Arbeitsmangel	Frankheit						
1623	44	32	280	449	729	0,44	6,03	14,00	174,03	2109,80	4,51	3283,83

+ Christliche Jugendtatil. München. Seit Abschluß des hiesigen Tarifes und des dabei von uns aufgedeckten Gebahrens der Handvoll christlicher Maler leisten sich dieselben in den kirchlichen Tagesblättern Lüge auf Lüge. Zuerst versuchte man den freien Gewerkschaften durch einen großen Entristungsummel und Verleumdungsummel beizukommen, nach dem damit erzielten Fiasko geht man nun zur „Orangenkleinarbeit“ über. Der hiesige Filialangestellte, den sie schon lange ins Pfefferkorn wünschen, hat es ihnen angetan. Jede Wahrheit, die darin ausklingt, daß derselbe bald seinen Posten verliert, wird eifrig weiter kolportiert, doch bleibt ihnen dieser Genuß vorläufig noch vorenthalten, da alle diese Gerüchte weiter nichts wie gemeiner Schwinbel sind. Die anseherndlichen Fortschritte, die dank der unbestreitbaren Ehrlichkeit und daraus erzielter Erfolge die freien Gewerkschaften machen, lassen den Christlichen die eigene Ohnmacht doppelt groß erscheinen und so sucht man durch Lügenartikel im „M. M. Tagblatt“ der „guten Sach“ wieder aufzuhelfen. Den ersten Artikel verurtheilten wir zwar im allgemeinen als richtig, zu stellen; doch wir hatten bei diesem Blatte vergeblich journalistischen Anstand gesucht, anstatt der Nichtigstellung erlitten ein zweiter Verleumdungsartikel, der an Gehässigkeit und Ausschneiderei den ersten noch in den Schatten stellt, sogar die Ortskrankenkassenverwaltung wurde wegen angeblichen Unkennbrauchs angepöbel, wobei jedoch eine glatte Uebertreibung für die Christlichen zu verzeichnen war. Da nun ein solch schändliches Gebahren unseren Fortschritt absolut nicht aufhalten kann, möge es den Kollegen lediglich zur Warnung vor diesen Elementen dienen und ein kräftiges „Fu! Teufel!“ dieser christlichen Schwinbel- und Lügentalil.

+ Aus dem Saargebiet. Als eine „empfehlenswerte“ Werkstätte wird uns in einem ausführlichen Bericht die des Anstreichermeisters Wilhelm Wilmis in Wörlitzingen geschildert. Treiberei und schändliche Behandlung sollen an der Tagesordnung sein. Da diese Firma auch durch Annoncen öfter „durchaus selbständige Maler- und Anstreichergehilfen“ sucht, mögen die Kollegen dies beachten und sich rechtzeitig vor Schaden hüten.

Vom Ausland.

Oesterreich. Bezug ist strengstens fernzuhalten nach: Bozen, Lienz, Marburg, Neumkirchen, Kratau und Warnsdorf. Ebenso ist Bezug von Anstreichern und Lackierern fernzuhalten nach Wien, Maschinenfabrik Wagner und Fahrradwerke Petzsch & Comp., Wggersdorf bei Wien.

In Klagenfurt und Vöcklabruck gelang es den gut organisierten Kollegen, zum erstenmal Kollektivverträge mit den Malermeisterorganisationen abzuschließen.

Ungarn. Da in Ungarn in einer Reihe von Orten Lohnkämpfe und Werkstellenstreiks bestehen, darf kein Kollege in Arbeit treten, bevor er in Budapest beim Hauptvorstand unseres Bruderverbandes nähere Information erhalten hat.

Serbien. In Gobjewas bei Belgrad sind die Lackierer und Maler der Metallwarenfabrik in den Streik getreten.

Schweiz. Gesperrt sind für Maler: Baden und Basel; für Lackierer die Wagenfabriken C. & M. Weißberger und Gebr. Meier in Zürich.

In Biel wurde mit den Meistern ein Tarif abgeschlossen, der für unsere Kollegen bedeutende Vorteile enthält.

Verfolgungen der Gewerkschaften in Rußland. Die Regierung geht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die zu einem bedeutenden Faktor gewordenen Gewerkschaften vor. Da sie es selbst einsieht, daß die Suspendierung derselben die ökonomischen Organisationen der Arbeitererschaft nicht aus der Welt schaffen würde, sucht die Regierung einerseits durch Schließung solcher Gewerkschaften, welche mit sozialdemokratischen Gruppen in Verbindung stehen, die energischsten, klassenbewußten Elemente von den Gewerkschaften fernzuhalten, während sie andererseits die Tätigkeit derselben durch „Gefahrerläuterungen“ einzuschränken sucht. In diesem letzteren Beginnen findet sie stets das Entgegenkommen der „höchsten Gerichtsinstanz“, des Senats, welcher die Rechte der Gewerkschaften ebenso gerne „erläutert“, wie er das Wahlrecht vor den letzten Lurnawahlen „erläutert“ hat. So hat der Senat das Gewerkschaftsgesetz vom 17. März 1906 in dem Sinne „erläutert“, daß die Gewerkschaften das Recht nicht haben, öffentliche Versammlungen abzuhalten, Konzerte, Theateraufführungen und Unterhaltungsabende zu arrangieren zc.; er hat mit einem Wort alles angewendet, um die kulturellbildende Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich zu machen und um ihnen außerdem die Möglichkeit zu entziehen, ihre finanziellen Verhältnisse auf diesem Wege aufzubessern. Eine weitere ernste Einschränkung ist die Senatsverordnung, laut welcher „das Statut solcher Gewerkschaften, an welchen hauptsächlich im Staatsdienst stehende Personen teilnehmen, sogar dann der Bestätigung der betr. Ressorts unterliegen, wenn auch Privatpersonen zu ihren Mitgliedern gehören.“ Diese Verfügung macht nicht nur die Gründung von Gewerkschaften der staatlichen Arbeiter und Angestellten unmöglich, da sie jetzt von der Genehmigung der betreffenden Ressorts abhängig gemacht wurden, sondern zieht auch die Existenzberechtigung solcher Gewerkschaften, an welchen staatliche Arbeiter und Angestellte schon jetzt teilnehmen, in Frage. Diese sind nun vollkommen der Willkür der betr. Behörden ausgeliefert, die nicht umhin können werden, das ihnen vom Senat zuerkannte „gesetzliche“ Recht in weitestem Maße auszunutzen.

Was die praktische Anwendung der behördlichen Vollmachten auf dem Gebiet der Verfolgungen der Gewerkschaften betrifft, so haben wir hier nur einige Fälle hervorzuheben. Der Moskauer Generalgouverneur hat am 26. Juni verfügt, daß der Verband der Arbeiter der Waggonfabrik „Dytshchenski“ auf Grund des Art. 35 des Gewerkschaftsgesetzes vom 17. März 1906 unzulässig geschlossen werden soll. Auf Grund seiner Vollmachten aber als Generalgouverneur hat derselbe Satrap das Organ der Druckerarbeiter („Beschatnoje Djeło“) mit einer Strafe von 3000

Rubel belegt und hat am 29. Juni das „Museum der Förderung der Arbeit“ an der Moskauer Abteilung der „Russ. Techn. Gesellschaft“ — das hervorragenden Anteil an der Tätigkeit der Moskauer Gewerkschaften genommen — polizeilich geschlossen, wobei 20 Gewerkschaftler verhaftet wurden. Diese wenigen Fälle, die im Laufe einiger Tage in nur einer Stadt stattgefunden, zeigen zur Genüge, daß im Kampf gegen die Gewerkschaften alles herhalten muß; Beginnend mit den „Erläuterungen“ des Senats und den Geheimzirkularen des Polizeidepartements bis auf die allfälligen schrankenlosen Vollmachten der brülggen Gewaltthaber.

Industrielle Entwicklung Amerikas. Das Censusamt der Vereinigten Staaten von Amerika hat kürzlich einen Bericht herausgegeben, der für das ganze Land die Entwicklung der industriellen Betriebe von 1900 bis 1905 aufweist. Die wichtigsten Zahlen seien nachstehend wiedergegeben:

	1905	1900-05
Zahl der Betriebe	216 262	+ 4,2 %
Kapital in Mill. M.	253 725,3	+ 41,3 „
Angestellte, Buchhalter zc.	519 751	+ 42,7 „
Gehälter in Mill. „	11 495,2	+ 50,9 „
Lohnarbeiter	5 470 321	+ 16,0 „
Gesamtlöhne in Mill. „	52 230,8	+ 29,9 „
Männer über 16 Jahre	4 244 538	+ 16,8 „
Frauen über 16 Jahre	1 055 884	+ 16,0 „
Kinder über 16 Jahre	159 899	- 0,9 „
Materialkosten in Mill. „	170 079	+ 29,3 „
Wert der Produktion „	295 042,9	+ 29,7 „

Mit Ausnahme der Zahl der beschäftigten Kinder sind also alle Faktoren gewachsen, am meisten der Faktor Gehälter (50,9 %), während die eigentlichen Löhne trotz der gewerkschaftlichen Ertragschaften doch nicht in höherer Proportion gestiegen sind als der Gesamtwert der Produktion.

Briefkasten.

Düsseldorf L., Hamburg S. Auch aus noch anderen Städten liegen z. Bt. ähnliche Eingekandt vor, es würde aber zu weit führen, überall da die Kollegen vor Bezug zu warnen wegen großer Arbeitslosigkeit am Orte. Daß zureisende Kollegen in allererster Linie sich nach dem Verbandsbureau zu wenden haben, ist als selbstverständlich zu erachten und auch Pflicht derselben. Gruß.

Sterbetafel.

Berlin. Am 23. Juni 1907 starb das Mitglied Hugo Lemke, 61 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Die Beitragserhöhung in den Sommerwochen auf 60 J für die Filialen Celle, Elberfeld, Hagen, und auf 55 J für die Filialen Wittenberge und Marburg, sowie die Erhebung des Winterbeitrages von 25 J für Elberfeld wird hiermit bestätigt.

Ausgeschlossen wird auf Grund des § 7 Abs. a des Statuts das Mitglied Otto Schulz, Buchn. 36214, Filiale Harburg.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Krause, Georg, Buchn. 31125, bez. 8 W. 07; Selling, Aug., Buchn. 45093, bez. 24 W. 07.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 2. bis 8. Juli. Eingekandt wurde von:

Trier M. 21.60; Evinemünde 18.90; Wismar 162.46; Freiburg 300.—; Bremen 800.—; Hamborn 54.50; Coblenz 60.—; Pforzheim 11.70; Siegen 170.54; Düsseldorf 800.—; Waldenburg 176.65; Mühlhausen i. Th. 169.55; Jena 131.55; Celle 293.46; Mannheim 1580.47; Kiel 146.55; Speyer 3.60; Sonderburg 41.70; Bremen 400.—; Kulmbach 62.40; Braunschweig 438.92; Bremerhaven 318.95; Erfeld 1140.39; Regensburg 156.15; Rieneburg 61.50; Spandau 267.65; Schleswig 121.10; Vornburg 148.02; Meerane 246.20; Braunschweig 70.—; Kaiserslautern 124.72; Neustadt-Orla 5.20; Gotha-Lambach 3.95; Harburg 410.50; Verdau 64.60; Wismar 29.—; Offenbach 400.—; Riesa 90.25; Glauchau 234.10; Effen 680.—; Landau 193.45; Düren 172.—; Frankenhäusen 44.70; Weiswald 69.43; Coburg 105.05; Erlangen 248.—; Bergedorf 259.10.

Vom 21. Mai bis 20. Juni gingen für anzugehüllte Krankenunterstützung Scheine ein: Wachen 5.20 M., Altenburg 120.—, Berlin 909.45, Bremen 136.65, Cassel 72.55, Darmstadt 76.85, Dresden 8.40, Eilenberg 12.50, Erfurt 5.50, Effen 56.65, Frankfurt a. M. 852.50, Friedberg 8.40, Gießen 12.50, Göttingen 12.50, Halle 77.35, Hamburg 433.50, Heidelberg 29.30, Hildesheim 49.10, Jena 40.—, Kiel 50.15, Königsberg 12.60, Königshütte 49.70, Magdeburg 77.40, Mannheim 60.95, Neumünster 12.50, Nürnberg 188.—, Regensburg 4.—, Saalfeld 12.50, Spandau 30.50, Stettin 5.20, Straßburg 9.50, Stuttgart 82.70, Weimar 1.50, Wiesbaden 387.10 M.; in Summa 3403.30 M.

Sterbescheine gingen ein: Wachen 10 M., Altenburg 70, Berlin 95, Bremen 60, Cassel 30, Darmstadt 20, Frankfurt a. M. 80, Halle 20, Hamburg 165, Heidelberg 10, Hildesheim 60, Magdeburg 10, Mannheim 50, Nürnberg 20, Regensburg 50, Stettin 60, Stuttgart 30, Weimar 10, Wiesbaden 105, Wittenberg 10 M.; in Summa 965 M.

Material wurde verlannt: W. = Beitragsmarken, Pr. = Protokolle, Br. = Broschüren.

Nochum 2000 W. a 60 J.; Celle 800 W. a 60 J.; Erfeld 400 W. a 45 J.; Darmstadt 800 W. a 50 J.; Elberfeld 300 W. a 60 J.; Forst 400 W. a 55 J.; Freiburg 1200 W. a 55 J.; Hagen 2000 W. a 60 J.; Herne 200 W. a 55 J.; Mannheim 5200 W. a 55 J.; 3200 W. a 50 J.; Marburg 800 W. a 55 J.; Osnabrück 800 W. a 50 J.; Potsdam 2000 W. a 60 J.; Schw. Hall 3 Br.; Ulm 400 W. a 55 J., 4 Br.; Wismar 1 Br.; Wittenberge 400 W. a 55 J.

H. Wenter, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingekriebene Hilfskasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 30. Juni—6. Juli 1907.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von: Buch-Schleswig 100 M., Dued-Sof i. Bayern 100 M., Berg-Stralsund 60 M., Worchers-Wolfsbüttel 50 M., Ellinger-Ludwigshafen 150 M., Meyer-Bergedorf 160 M., Binger-Berlin 8000 M., Helbig-Vochum 150 M., Hiltch-Darmstadt 70 M.

Zusätzliche an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekandt an: Geisler-Schweidnitz 100 M., Fink-Mühlhausen i. Elb. 100 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 20205 W. John in Uraun i. Wab. 37.50 M., Buchn. 13900 U. Pöhler in Heilbronn a. N. 14.70 M., Buchn. 29750 D. Witt in Raaburg i. Holst. 23.10 M., Buchn. 2145 C. Pirch in Bruchmühle b. Alt-Landsberg 25.20 M.

In Duisburg wurde eine Verwaltungsstelle errichtet. Bevollmächtigter: S. Stapper, Koloniestr. 185 c; Kassierer: S. Felb, Sonnenwall 67 I.

S. S. Dulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Lackierer,

durchaus selbstständig, sofort oder Anfang August gegen hohen Lohn gesucht von Otto Boose, Hohenlimburg (Westf.)

Mehrere

Maler- u. Anstreicher-Gehülfen

sucht Clemens Neunag, Margloh (Hild.) Provinzialstr. 41.

Tüchtige Wagenlackierer

werden bei ständiger Arbeitszeit und hohem Verdienst für dauernd gesucht. Verheiratete werden bevorzugt.

Wagenfabrik Herm. Rosenbergs, Dortmund.

Tüchtiger Reisender

für Fachwerke wird gesucht. Maler bevorzugt. Offerten unter M. Z. an die Expedition des „B.-A.“

Filiale Cassel.

Das Büro befindet sich vom 3. Juli an im „Gewerkschaftshaus“, Wollhagerstraße 5-7, 1. Etage. [A 1.—]

Achtung! Wer kennt den Aufenthalt des Kollegen Paul Schneider, geboren in Freiburg i. S. Adresse bitte an die Filiale Mainz zu senden. [A 0.80]

Um die Adresse des verh. Dec.-Malers Joh. Paul Vertraud aus Gasse b. Sagen bittet die Redaktion des „B.-A.“

Soeben erschienen:

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der im vorigen Jahre aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands,

(Eingekriebene Hilfskasse Nr. 71.)

Eintrittsgeld 2 Mark. Wöchentlicher Beitrag Mark 0.80. Krankengeld pro Wochentag Mark 2.10, für 26 bzw. 52 Wochen. Sterbegeld Mark 110.—. Raffensvermögen am Schluß des Jahres 1906 Mt. 228,267,37; in über 150 Städten hat die Kasse örtliche Verwaltungsstellen errichtet, und wird den Kollegen der Beitritt empfohlen. Der Vorstand.

Wer kann über den Aufenthalt des Kollegen Richard Deher, geb. Deringsdorf, Auskunft geben? Um Mitteilung bittet B. Dreesen, Sonderburg, Bessingstr. 5.

Wer kann über den Aufenthalt des früheren Vertrauensmann der Zahlstelle Bessig, Wilhelm Bergmann, Auskunft geben? Um Mitteilung bittet Christian Sturm, Vorsitzender der Filiale Dessau, Drettestr. 44, I. [A 1.20]

Aufruf.

Der Aufenthalt meines 1879 zu Garenfeld geborenen Schwagers Ludwig Dickmann

ist mir unbekannt. Etwaige Mitteilung über den Aufenthalt desselben erbittet Karl Rind, Schwerte a. d. Ruhr, Bismarckstr. 16. [A 6.—]

Maler-Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umgelegt, schräge Taschen 110 120 130 140 cm lang 2.90 3.— 3.10 3.25 M.

Mützen 40 J. Messel-Dosen 2.10 M. Drell-Dosen und Taschen von Leinen à 2.80 M. Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturgetreu). Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

Porenwalze D.-R. G.-M.

Seit 2 Jahren überall mit bestem Erfolg eingeführt, versendet das Paar zu 7.50 M. Rabber, Düsseldorf, Unterstraße 118. — Schule für Holz- und Marmorarbeiten. Prospekt kostenlos.

Malerschule Buxtehude
Größte Schule für Dekorationsmaler.
1906 wieder goldene Medaille und Ehrenpreis.
Prog. d. Direktor Eiserweg.

Malerei-Kittel

aus schwerem ungebleichten Kessel (Wachschluß)

Burschen-	Männervoröße
cm 95 110 100 110 120 130	
M 1.85 2.00 2.25 2.35 2.50 2.65	
M 2.10 2.25 2.65 2.75 2.85 3.00	

Vorderstück mit Umgelegt

M. Schaefer, Berlin, Hofmannstr. 43. — Maassenstr. 17.

Lager in prima Binseln,

Blasfondbürsten, Leitern, Farbesseln, Läden, Farben, Schablonen und Pausenpapier. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware die billigster Berechnung.

P. Steel, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 27 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17. Verlag von H. Wenter, Hamburg 22. Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Unsere Lohnbewegungen 1906.

5. Bezirk.

Die Lohnbewegungen im 5. Bezirk des Jahres 1906 reichten an Umfang und Intensität nicht an die des Vorjahres heran, indem schon allein die Dresdener Bewegung einen besonderen Ausschlag gab. Es fanden statt für Maler- und Anstreicher neun Lohnbewegungen, die alle zu unseren Gunsten endeten. Bei zweien, in Meißnerbach i. B. und Freiberg, kam es zum Streik.

In Meißnerbach nahmen die im März geführten Verhandlungen anfangs einen guten Verlauf. Später wichen die Meister aber geflissentlich aus. Als dann am 16. Mai, um etwas nachzupacken, die Arbeitsniederlegung erfolgte, ersuchten die Arbeitgeber schon drei Tage später um erneute Verhandlungen, die am 21. Mai zum Abschluß eines Tarifes mit 38 bzw. 40 h Minimallohn und 10stündiger Arbeitszeit führten.

In Freiberg lehnte die dortige Innung Verhandlungen scharf ab. Den Herren schien die Stellung von Forderungen seitens der Gehilfen ein Verstoß gegen die guten althergebrachten Sitten zu sein. Nach darauf notwendigem mit großer Schärfe geführtem Streik fanden, als mehrere direkte Verhandlungen für uns kein befriedigendes Resultat zeigten, Verhandlungen vor dem Einigungsamt statt, die am 30. Juni einseitigen einen Tarif mit 10 1/2 stündiger Arbeitszeit und einem 20prozentigen Lohnzuschlag für Maler und einen 10- bis 15prozentigen Zuschlag für Anstreicher zeitigten. Unter den in Freiberg noch herrschenden allgemein äußerst mäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen auch in andern Orten und bei dem großen Indifferenzismus eines Teiles der Freiburger Kollegen mußten wir vorläufig in die Bestimmungen des Tarifes willigen. In beiden Streiks waren insgesamt 97 (87 bzw. 60) Kollegen beteiligt.

In Annaberg-Buchholz kam es ohne besondere mündliche Verhandlungen mit der Innung am 23. März zum Abschluß eines Tarifes mit 10stündiger Arbeitszeit, 80 h Minimallohn und 20prozentigem allgemeinen Lohnzuschlag gegen 12 Stunden Arbeitszeit vorher. Annaberg ist die äußerste Stadt des Erzgebirges, von dem die elende Lage der dortigen Arbeiterbevölkerung weltbekannt ist.

In Wauzen einigten wir uns gemeinsam mit den Gewerkevereinigern am 9. April auf einen Tarif mit 9 1/2 stündiger Arbeitszeit und 40 h Minimallohn an Stelle vorheriger 10stündiger Arbeitszeit und 35 h Minimallohn.

In Goldb., Geringswalde und Reiznig., sämtlich Nebenzahlstellen von Leipzig, einigte man sich in der Hauptsache auf 10 Stunden Arbeitszeit und 40 h Minimallohn.

In Glauchau wurde der alte Tarif mit einer Minimallohnenerhöhung um 2 h schon am 30. Januar erneuert, während es leider vorläufig noch bei einer 10 1/2 stündigen Arbeitszeit belassen wurde.

Die größte friedliche Lohnbewegung war die in Zwidau. Während dort schon mehrere Jahre hindurch die Organisation auf unzulänglicher Stufe stehen geblieben und so außerhande war, die Lohnverhältnisse wesentlich zu beeinflussen, trat zu Anfang des verfloffenen Jahres hierin eine wesentliche Besserung ein. Deshalb konnte es noch gewagt werden, Mitte April Forderungen einzureichen. Da dies der Innung ziemlich überhöht kam und eine glänzende Konjunktur bevorstand, verließen die sofort einsetzenden Verhandlungen so glatt, daß schon am 6. Mai ein Tarif mit 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, 42 h Minimallohn und 15 Prozent Lohnzuschlag in Kraft treten konnten gegen eine 11stündige Arbeitszeit und 38 h Durchschnittslohn vorher.

An den im Jahre 1906 im fünften Bezirk ohne Streik beendeten Lohnbewegungen waren 444 Kollegen beteiligt. Davon gehörten 845 unserer Organisation an und 21 dem Gewerkeverein. Selbstverständlich enthalten sämtliche vereinbarten Tarife außer Bestimmungen über Stundenlöhne und Arbeitszeit Abmachungen über Zuschläge für Ueber- und Sonntagarbeit, Kündigung, Auslösung bei Landarbeit, Dauer der Tarife, Tarifkommissionen usw. usw.

Außer den Verbesserungen durch die erwähnten Lohnbewegungen wurde für die Lackierer in einer Werkstättenvereinbarung in Chemnitz eine Lohnzulage von 2 h pro Stunde sowie die besondere Bezahlung der Ueber- und Feiertagsarbeiten erzielt. Dasselbe trat durch Eingreifen der Organisation bei der Firma Gustav Otto in Döbernhau ein. In Görlitz erwirkten in der Waggonfabrik 37 Maler und Lackierer eine Stundenlohnenerhöhung von 4 h und ungelernete Arbeiter eine solche von 3 h pro Stunde; in der Görlitzer Maschinenfabrik erzielten acht Kollegen eine Zulage von 2 h, die aber nur vierteljährlich als Prämie ausgezahlt wird. Außerdem waren an der großen Metallarbeiterausperrung im verfloffenen Sommer in Dresden 111 unserer Mitglieder beteiligt und in Leipzig kam es zu einem Konflikt in den Polypenwerken.

Die Zahl der im fünften Bezirk bestehenden Tarife betrug Ende 1906 21, von denen für 1907 fünf gekündigt worden sind.

Im allgemeinen war das Resultat der Lohnbewegungen im Jahre 1906 ein recht befriedigendes zu nennen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß dafür nur ganz geringfügige Opfer, von Ausnahmen abgesehen, sowohl seitens der Kollegen wie auch von der Organisation gebracht zu werden brauchten. Da aber auch in Sachsen seit einiger Zeit die Arbeitgeber verzwweifelte Anstrengungen machen, um sich nach berühmtem Muster zu organisieren, werden uns größere und schärfere Kämpfe in kürzester Zeit auch im fünften Bezirk nicht erspart bleiben. Darum heißt es auch stetig rüsten.

Aus dem 4. Bezirk.

Die Hoffnung, im Jahre 1906 größere Fortschritte wie im Vorjahre zu erzielen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Trotz der eifrigsten Agitation ist es uns nicht gelungen, das große Heer der Indifferenten der Organisation zuzuführen. Wir haben deshalb zu unteruchen, woran es liegt, daß, trotz der großen Zahl der Neugeborenen, im Jahresdurchschnitt eine gleiche Zunahme nicht verzeichnet werden konnte.

Schon im Vorjahre wiesen wir darauf hin, daß die Arbeitgeber einem Teile der Beschäftigten — bei verhältnismäßig guter Entlohnung — ita hile Arbeitsgelegen-

heit sichern und dadurch das Interesse von der Organisation ablenken. Diese einflussreichen Kollegen, welche sich das ganze Jahr in Beschäftigung befinden, glauben eine Organisation nicht nötig zu haben und halten deshalb die übrigen Kollegen von der Organisation ab. Dadurch haben in vielen Orten die Kollegen das Vertrauen zur Organisation verloren, weil durch die schwache Zugehörigkeit ein Einfluß auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses nicht ausgeübt werden kann.

Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis ist ferner die Organisationszerfplitterung. In fast allen Orten, wo die Mehrheit christlich organisiert ist — z. B. Münster — sind sie am Abstreifen der Lokale beteiligt und suchen, durch falsche Angaben von der Organisation ab, die Verhandlungen betreffs Abschluß eines Lohntarifes auszuschließen. Demgegenüber können sie nicht genug schimpfen, wenn wir in solchen Orten, wo sie einflußlos sind, ohne sie auf dem Plane erscheinen.

Wenn alle diese Hindernisse in Betracht gezogen werden, so können wir mit der stetig fortschreitenden Entwicklung zufrieden sein. Unsere Arbeitgeber, die sehr rührig die Gründung von Arbeitgeberverbänden betreiben, werden dazu beitragen, daß auch die Kollegen ausgerüstet werden, die bis heute von der Organisation nichts wissen wollen. Deshalb ist zu hoffen, daß die Früchte der langjährigen Aufklärungsarbeit sich recht bald zeigen werden.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Organisation nach den geleisteten Beiträgen quartalsweise und im Jahresdurchschnitt:

Table with 6 columns: Jahr, 1., 2., 3., 4., Jahresdurchschn., Aufnahme. Rows for years 1901 to 1906.

Die große Zahl der Aufnahmen springt unwillkürlich in die Augen, deshalb muß die Frage aufgeworfen werden, warum uns so viele wieder den Rücken kehrten. Nach der Statistik über die Zugehörigkeit zur Organisation gehören 1657 von 3448 Mitglieder noch kein Jahr der Organisation an. Nabezu die Hälfte sämtlicher Mitglieder ist noch kein Jahr organisiert und müßten demzufolge die meisten im ersten Jahr der Mitgliedschaft der Organisation den Rücken gekehrt haben. Nun muß aber konstatiert werden, daß 2642 Mitglieder abgereist und nur 1481 zugereist sind. Nach dieser Bestimmung ist die Fluktuation nicht so groß, sondern es ist ein großer Teil der gewonnenen Mitglieder in andere Bezirke abgereist.

Filialen sind im Berichtsjahr nicht gegründet, dagegen stieg die Zahl der Zahlstellen von 21 auf 35. Neugegründet wurden: Schweitzer zu Nachen, Hattlingen zu Bochum, Wermelskirchen und Gummersbach zu Cöln, Weiderrich zu Duisburg, Neuz zu Düsseldorf, Schwelm und Wobwinkel zu Elberfeld, Prach, Worbach, Werben und Wanne zu Essen und Mheydi zu M.-Gladbach. Aufgelöst sind Hohenlimburg und Hattlingen.

Eine Zusammenstellung über den Stand der Filialen deren Beitragsleistung, Zahl der Mitglieder, Aufnahmen und Zahl der Zahlstellen zeigt folgende Tabelle:

Table with 10 columns: Filiale, Mitgliederzahl am Schluß des Quartals (1-4), Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt, Zahl der Zahlstellen im Jahre 1906, Zahl der Zahlstellen. Rows for various locations like Nachen, Bochum, Cöln, etc.

Nach dieser Zusammenstellung fällt der Rückgang der Filiale Elberfeld — mit einem Beamten — besonders auf. Im ganzen Wuppertal, welches der Filiale Elberfeld angegeschlossen ist, herrscht kein guter gewerkschaftlicher Geist, worunter wir nicht allein, sondern sämtliche Gewerkschaften leiden. Im Wuppertale bestanden noch bis vor ganz kurzer Zeit die Arbeitervereine, die mit ganz winzigen Beiträgen die gewerkschaftliche Organisation zu erhalten angaben. Es ist deshalb unendlich schwer, jene Kollegen von der Notwendigkeit hoher Beiträge zu überzeugen. Aber wenn auch durch obiges die Gewinnung und Erhaltung von Mitgliedern erschwert wird, dürfte ein solcher Rückgang nicht eintreten. Es muß deshalb die nötige Kleinarbeit, wie Hausagitation, Werkstattbesprechungen und Einfassung der Beiträge nicht in dem Maße betrieben sein, wie es in Anbetracht der dortigen Verhältnisse notwendig war. Hoffen wir, daß durch den Beamtenwechsel obige Kleinarbeit mit Unterstützung der Kollegen mehr denn bisher betrieben wird, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Schicksalsschläge waren es, die die Filiale Cöln in den letzten Jahren durchgemacht, wodurch naturgemäß die Entwicklung der Filiale gehemmt wurde. Wären diese unheilbaren Störungen nicht eingetreten, was so manchen Anlaß zum Austritt oder Nichtzahlen der Beiträge gegeben hat, so würde in Anbetracht des Erfolges durch Abschluß eines Lohntarifes über eine ganz andere Mitgliederzahl

berichtet werden können. Durch diese Vorkommnisse wurde der Hausfassung nicht die nötige Beachtung geschenkt, die Werkstattagitation lag völlig brach, da das Vertrauen zur Organisation nicht vorhanden war und die nötige Mitarbeit verweigert wurde. Einem kleinen Stamm von tätigen Kollegen ist es gelungen, das Schiff um diese Klippe herumzuleiten, bis die Führung der Geschäfte in die Hände einer bewährten Kraft gelegt wurde.

Wenn unseren jetzigen Beamten die Kollegen ihre Mithilfe nicht verweigern — was wir nicht hoffen wollen —, so wird das Jahr 1907 das Veräumte nachholen.

Einen empfindlichen Rückgang hat Solingen, trotz des günstigen Abschlusses eines Tarifvertrages, zu verzeichnen. Es ist bedauerlich, zu sagen, daß ein Teil der Kollegen, sobald die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses erfolgt ist, die Organisation nicht mehr für nötig halten. Hoffen wir, daß durch die anzustrengende Tätigkeit der Kollegen jene von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt werden, damit die Innehaltung des Tarifes möglich ist.

Der Rückgang in Hamburg ist dem Zustande zuzuschreiben, daß alle Augenblicke die Verwaltung wechselt, weil uns ansässige und fähige Kollegen fehlen.

Witten ist mit Dortmund ab 1. Januar 1907 verschmolzen worden.

Alle übrigen Filialen können einen Fortschritt aufweisen, an deren Spitze die Filiale Dortmund steht, die ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelte. Durch die stetiggehende Lohnbewegung und den Verrat der Christen ist die bisherige Kollegenchaft aufgewacht. Der Geist war und ist ein guter, was wir dadurch beweisen können, daß nach dem aufgehobenen Streik der Beitrag auf 55 h erhöht und die Aufstellung eines Kollegen aus eigenen Mitteln beschlossen wurde, wozu heute der Hauptvorstand einen Zuschuß zahlt. Aber auch hier ist noch ein riesiges Feld zu bearbeiten.

Der Fortschritt in Nachen und Crefeld ist befriedigend und sind diese, zur Zahl der Beschäftigten, die besten Filialen des Bezirkes. In beiden Orten ist die Mitgliederzahl der Kollegen katholisch, trotzdem hat die christliche Organisation nur wenig Mitglieder, was auf die gute Leitung unserer Filialen zurückzuführen ist.

Nicht ganz befriedigt Essen. Trotz des gemachten Fortschrittes, da dort annähernd 500 Kollegen bei Meißner und ebensoviele bei der Firma Krupp beschäftigt sind, ist in Essen selbst und in den Zahlstellen noch eine Unmasse Arbeit zu verrichten. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß ein Wechsel des Lokalbeamten — wie er hier vorkam — der Filiale nicht förderlich sein kann.

Wiewohl die Filiale Düsseldorf um über 100 vollzahlende Mitglieder gewachsen ist, kann das Resultat nicht befriedigen. In der sich bemerkbar machenden Unzufriedenheit, weil der Wunsch einzelner, zu streiken, nicht in Erfüllung gehen konnte, sowie die sich bildende Abspaltung im anarcho-sozialistischen Jahrgang, hat viel an der nicht genügenden Entwicklung beigetragen. Daß eine solche Gegenagitation sowie die Einreibung der Extramarken, manchem unsicheren Kollegen ein Grund zum Nichtzahlen war, ist begreiflich, doch hätte bei mehr Betreibung der Kleinarbeit der Erfolg ein größerer sein können.

Eine gute Entwicklung hat Hagen zu verzeichnen, wo eine Abspaltung der Kollegen durch emsige Kleinarbeit verhindert wurde und dazu beitrug, daß der abgeschlossene Tarif strikte durchgeführt ist.

Die Filialen Siegen, Bochum und Duisburg sind im Vormarsch begriffen und steht zu hoffen, daß bei einer aufmerksamen Verwaltung — hauptsächlich in den beiden letzten Orten — die Mitgliederzahl auf eine Höhe gebracht wird, die zur Zahl der Beschäftigten notwendig ist.

Stabile Mitgliederverhältnisse hat Düren und Hamm aufzuweisen, was der wenig wechselnden Verwaltung zuzuschreiben ist.

An einer unzuverlässigen Verwaltung krank Herne und Lützencheid, weshalb dort auch trotz aller Agitationsarbeit eine angemessene Entwicklung ausgeblieben ist.

Rückwärts ist Münster gegangen, was begreiflich ist, wenn man berücksichtigt, daß uns kein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht. Die ganze Agitation muß in der Werkstatt betrieben werden, was viele Kollegen nicht begreifen können.

Daß noch eine gewaltige Agitationsarbeit im vierten Bezirk zu verrichten ist, beweist die aufgenommene Statistik. Nach derselben sind in den Orten, wo wir Filialen und Zahlstellen haben 9729 Kollegen beschäftigt. Außer diesen ermittelten Kollegen sind in den Fabriken (z. B. bei Krupp in Essen 400) und in den Orten, wo wir noch keinen festen Fuß gefaßt haben, noch eine ganze Anzahl Kollegen beschäftigt, so daß schätzungsweise auf 15 000 Kollegen im Bezirk arbeiten. Rechnen wir die in der christlichen Organisation zu den unjetigen hinzu, so sind weit über 50 Prozent der Organisation zuzuführen, was unsere heiligste Aufgabe sein muß.

Durch Gründung von Lackierersektionen in Cöln, Düsseldorf und Nachen glaubten wir die Agitation unter diesen schwer für die Organisation zu gewinnenden Kollegen besser betreiben zu können, was jedoch nicht in dem erhofften Maße eingetreten ist.

Die Beitragsleistung im Bezirk war zufriedenstellend; es zahlten 1 Filiale 55 h, 8: 50 h, 10: 45 h und 1 Filiale 40 h im Sommer; im Winter erhoben 2 Filialen 25 h, 11: 20 h und 7: 15 h Beitrag pro Woche. So erfreulich diese Beitragsleistung im allgemeinen ist, muß das Gegenteil bei der Erhebung der Extramarken gesagt werden. Nach der am Jahresabschluss vorhandenen Mitgliederzahl entfällt auf pro Mitglied 3,9 und nach vollgezählten Beiträgen berechnet 4,8 verkaufte Extramarken.

Die über ganz Westfalen und Westfalen in diesem Frühjahr verhängte Ausperrung hat manchem Kollegen den Weg zur Organisation gezeigt, was der Fortschritt des ersten Quartals beweist, indem die Organisation mit 874 Kollegen, nach verkauften Marken berechnet, gestiegen ist. Auch hat die Ausperrung bezüglich der Beitragsleistung ihre Wirkung nicht verfehlt, indem in fast allen Filialen die Erhöhung im Sommer auf 60 h und im Winter auf 25 h pro Woche beschlossen ist.

Mögen unsere Kollegen überall ihre Schuldigkeit tun, dann wird das Ausperrungsjahr uns einen Gewinn von 1000 Mitgliedern bringen, womit wir zufrieden sein können. Otto Buchelt, Cöln.

Der internationale Kongress in Stuttgart.

Das internationale sozialistische Bureau teilt in einem Briefe verschiedene Beschlüsse über die Organisation des in Stuttgart stattfindenden internationalen Kongresses mit. Freitag den 16. August, nachmittags 3 Uhr, wird eine Plenarversammlung des internationalen Bureaus, am Sonntag den 17. August, 11 Uhr morgens, eine Plenarversammlung der interparlamentarischen Kommission stattfinden. Die Eröffnung des Kongresses wird am Sonntag den 18. August, 11 Uhr morgens, in der Viederhalle vor sich gehen; am Nachmittag desselben Tages, um 4 1/2 Uhr, wird eine große Volksversammlung auf dem Volkstheaterplatz, in der Nähe der König Karl-Brücke, abgehalten werden. Am Sonntag abend findet im Festsaal der Viederhalle ein großer Kongress statt. Am Montag den 19. August, 9 Uhr morgens, werden sich die verschiedenen nationalen Sektionen in den Räumen der Viederhalle zur Mandatsprüfung einfinden; die Kongresssektionen werden um 11 Uhr zusammentreten. Am Abend des Montags, 19. August, versammeln sich die anwesenden Redakteure und Geschäftsführer der sozialistischen Zeitungen, um einen Vorschlag der italienischen Genossen Österreichs zu besprechen, die eine bessere internationale sozialistische Korrespondenz zwischen den Parteizeitungen aller Länder eventl. durch ein internationales sozialistisches Pressbureau eingeführt werden möchten. Die Plenarversammlungen werden an den folgenden Tagen von 9-12 Uhr und von 2-6 Uhr stattfinden.

In derselben Sitzung hat das internationale Bureau beschlossen, dem Kongresse vorzuschlagen:

1. die seit dem Amsterdamer Kongresse vom internationalen Bureau gefassten Resolutionen en bloc zu billigen;

2. die Geschäftsordnung des Kongresses, das Reglement des internationalen Bureaus und der interparlamentarischen Kommission ebenfalls en bloc anzunehmen;

3. Ein Amendement der Independent Labour Party Englands, das dahin geht, man möge auch diejenigen Gewerkschaftsorganisationen, die bona fide nicht ausdrücklich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zum Kongress zulassen, abzuweisen;

4. den Vorschlag der italienischen Sozialisten aus der Schweiz, eine einheitliche Mitgliedskarte für alle sozialistischen Parteien der Welt einzuführen, abzulehnen;

5. den Vorschlag der Social-democratic Federation Englands, der verlangt, die sozialistischen Parlamentarisationen mögen gleichzeitig in allen Parlamenten ihre Vorschläge zur gesetzlichen Festlegung einer Minimalarbeitszeit einbringen, der interparlamentarischen Kommission zu überweisen;

6. den Vorschlag der südafrikanischen und französischen Sektionen, hinsichtlich des Rußens und der Wahl einer künstlichen internationalen Sülzsprache, als verrißt abzulehnen;

7. den Vorschlag der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die Demokratisierung des Wahlrechts zu besprechen, abzulehnen, dagegen den Vorschlag der sozialdemokratischen Frauen Österreichs, das Frauenwahlrecht zu besprechen, anzunehmen;

8. die Tagesordnung folgendermaßen festzusetzen:

a) der Militarismus und die internationalen Konflikte;

b) die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften;

c) die Kolonialfrage;

d) die Ein- und Auswanderung der Arbeiter;

e) das Frauenwahlrecht;

9. die Stimmenzahl der verschiedenen nationalen Sektionen folgendermaßen festzusetzen:

Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien und Rußland: 20 Stimmen;

Italien: 15 Stimmen;

die Vereinigten Staaten: 14 Stimmen;

Belgien: 12 Stimmen;

Dänemark, Polen und die Schweiz: 10 Stimmen;

Australien, Finnland, Holland und Schweden: 8 Stimmen;

Spanien, Ungarn und Norwegen: 6 Stimmen;

Südafrika, Argentinien, Australien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien: 4 Stimmen;

Luxemburg: 2 Stimmen.

Nach dem neuen Reglement der Kongresse wird sich jede nationale Sektion über die Annahme der Organisation ihres Landes auszusprechen haben. Wenn z. B. eine französische Organisation, die der sozialistischen Partei (französische Sektion der Internationalen) nicht angeschlossen ist, zur Delegation zugelassen werden will, muß sie sich zunächst an die Partei wenden. Den Organisationen die von der nationalen Sektion abgewiesen werden, steht das Recht der Berufung an das internationale Bureau zu. Die nationalen Sektionen sind es auch, die die Verteilung der Stimmen, die ihnen zugebilligt worden sind, vorzunehmen haben. Aber auch hier steht dem internationalen Bureau das Recht zu, im Falle ernstlicher Schwierigkeiten einzugreifen.

Der Kongress wird in der Viederhalle stattfinden. Außer einem großen Saale für die Plenarversammlungen werden den Delegierten kleinere Räume für die Sektionsversammlungen, ein Restaurant, ein Lesesaal mit den wichtigsten sozialistischen Zeitungen der Welt zur Verfügung stehen. Außerdem wird eine Ausstellung der sozialistischen Schriften und Bücher in allen Sprachen veranstaltet werden.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die riesenhafte Entwicklung der amerikanischen Eisen- und industriellen Ringbildungen hat der Senator La Follette kürzlich in einer Zusammenstellung veranschaulicht. Sämtliche Industrien Amerikas werden danach von 76 Personen kontrolliert. Diese 76 Männer repräsentieren 1600 Korporationen und Direktorate. Von einem Kapital von 52 Milliarden Mark, das in Eisenbahnen angelegt ist, gebühren 36 Milliarden acht Korporationen. Diese industriellen Uebermenschen regieren in Wirklichkeit die Vereinigten Staaten, während der amerikanische Kongress einfach ein Werkzeug in ihren Händen ist. Selbst Präsident Roosevelt hat diese Entwicklung als dem Gemeinwohl gefährlich betrachtet und event. gesetzliche Maßnahmen gegen sie für notwendig erachtet. Nicht nur in Amerika macht die Trustierung Fortschritte. Diese beginnt auch in England, Deutschland und anderswo ihre Wirkung auszuüben. Das macht manchen selbst bürgerlichen Volkswirtschaftler stutzig. So führte Professor Adolf Wagner auf dem diesjährigen evangelisch-

sozialen Kongress vor versammelten frommen Herren aus: „In den letzten Jahren habe sich die Lebenslage der Arbeiter allerdings bedeutend gehoben, aber noch viel stärker habe sich der Reichtum und der Luxus der Besitzenden gesteigert. Die Abhängigkeit des Arbeiters von der ungeheuren Kapitalkonzentration sei heute schlimmer als früher. Die Organisation der Arbeiter werde unterdrückt. Der Besitz kann allerdings sehr viel wertvolles schaffen. Er erinnere nur an das Lob, das Carnegie gesendet wurde; aber man solle doch einmal sehen, wie das Vermögen eines Mannes wie Rockefeller erworben worden sei. Eine Kontrolle über die Verwendung des Vermögens sei nur dann möglich, wenn der Staat die Großbetriebe selbst verwalte und die großen Vermögen schaffe. Wismarcks Eisenbahnpolitik und die jetzt beginnende Verstaatlichung des Bergbaus in Preußen sei bahnbrechend und Vorbildlich für die ganze Welt gewesen. Auch die Privatkapitalisten müßten sich als Funktionäre des Staates fühlen und sich eine Regelung ihres Einkommens im Verhältnis zu den Löhnen der Arbeiter gefallen lassen. Diese soziale Finanz- und Steuerpolitik sei die notwendige national-ökonomische Voraussetzung für das Kulturstreben, das der Referent vorgetragen habe.“ — Man mag über einzelne Ausführungen Wagners denken wie man will, aber was er über die Verwaltung der Großbetriebe durch den Staat sowie über die Steigerung des Reichtums und des Luxuses gegenüber der Hebung der Lebenslage der Arbeiter sagte, spricht so für die Berechtigung des modernen Sozialismus, daß wir bezüchteln, die frommen Herren werden ebensowenig wie die Verehrer Wagners im christlichen Gewerkschaftslager mit diesen Sätzen des Professors haustieren gehen.

Der deutsche Eisenbahnerverband besteht nunmehr 10 Jahre. Die letzte Nummer des Fachorgans, der „Wacht der Eisenbahner“, erschien im roten Festgewand. Zehn Jahre hat sich dieser Verband unter den schwierigsten Verhältnissen durchgerungen und mit Recht können wir behaupten, daß keine andere Gewerkschaft einen gleich schweren Kampf um ihre Existenz zu führen hatte. Maßregelungen auf Maßregelungen erfolgten. Demagogie und Spitzelerei der sogenannten „aufgeklärten“ Elemente machten den Organisierten das Leben schwer und zwingen sie, ihre Aufklärungsarbeit mit größter Vorsicht und unter Ausschluß jeder Defensivität zu betreiben. Trotz alledem ist es den zahlreichen Feinden des Eisenbahnerverbandes nicht gelungen, ihn zu zerstören. Er verfügt über eine den Umständen angemessene stattliche Zahl von Mitgliedern, die treu zu ihrer Organisation halten und das Recht der Koalition, das auch der staatliche Arbeiter hat, einer Welt von Feinden gegenüber verteidigen. Mögen die freien Eisenbahner auch weiter ausharren auf ihrem schwierigen und vorgehobenen Posten, sie werden dennoch zum Ziele gelangen, trotz und alledem.

Die Aufhebung der Aussperrung der Arbeiter der Germaniawerk in Kiel ist erfolgt und am 8. Juli die Arbeit wieder aufgenommen worden. Infolge Entgegenkommens der Direktion konnten die Differenzen mit den streikenden Metern beigelegt werden. Ueber die schon vorher eingereichten Eingaben der Gesamtarbeiterchaft finden die weiteren Verhandlungen zwischen Arbeiterausschuß und Direktion statt. Letztere hat versprochen, die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Arbeiterchaft zu regeln. An der Aussperrung waren von unseren Kollegen, Schiffsaltern, 24 beteiligt.

Der Streikbrecher in berechtigter Notwehr. Vor dem Schwurgerichte zu Dessau wurde am 29. Juni der Arbeitswillige Horner Buschke aus Warden, der am 14. Mai zu Merburg den Arbeiter Höpner erschoss, von der Anklage des Totschlages freigesprochen. Die Geschworenen und der Staatsanwalt haben nur den Arbeitswilligen Glauben beigegeben. Die Schulfrage wurde von den Geschworenen verneint nach einem Plaidoyer des Staatsanwalts, worin er ausführte, daß der Angeklagte in berechtigter Notwehr gehandelt habe und daher nicht schuldig sei. Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: „Eine Beweisaufnahme, die nicht von dem Gesichtspunkte ausging, daß Streikende zu allen Schandtaten fähige Gewaltmenschen und Arbeitswillige brave Frivoline sind, hätte den Tatbestand weit besser aufhellen können, als es zu Dessau geschehen ist, und würde Licht und Schatten gleichmächtig verteilt haben. Das Urteil bestätigt das böse Wort: Wir Arbeitswilligen können einen todschlagen.“ Die deutschen Arbeiter erkennen aus diesem Dessauer Prozeß aufs neue, daß die deutsche Justiz ihrem Ringen um eine bessere Existenz mit vollständiger Verstandlosigkeit gegenübersteht, daß der Arbeitswillige der Schlingel dieser Justiz ist. Wie dies Urteil in den Kreisen der Streikbrecher wirken wird darüber kann kein Zweifel sein. Wenn zu den Menschenleben, die schon den Waffen der Streikbrecher zum Opfer gefallen sind, neue hinzukommen, so darf es niemand verwundern. Denn der Streikbrecher handelt in berechtigter Notwehr und der Streikende ist ein zu allem fähiger Terrorist. Vor der deutschen Klassenjustiz!

Zu einem Einheitsverband haben sich vom 1. Juli ab der deutsche Bäckerverband und der Verband der Konditoren und Patischier unter dem Namen: Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Ber. zusammengeschlossen. Das Organ des Verbandes führt nun den Titel: „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“; die Auflage des Organs beträgt zur Zeit 20 000.

Wo die Zentrumspresse schweigt. In dem Wallfahrtsort Nivelar streifen die christlichen Bauarbeiter. Den Unternehmern ist es gelungen, aus Holland Streikbrecher heranzuziehen, die seitdem von der Polizei sorgsam behütet und bewacht werden. Nun wurden am Neubau des Pilgerheims die Stricke des Gerüsts an einigen Stellen in sehr unauffälliger Weise durchschnitten, so daß eine Katastrophe erfolgen mußte. Durch Zufall wurde die Sache noch rechtzeitig entdeckt. Der Lat verhängt sind zwei christliche Streikende, ebenso der christliche Bauarbeiter Schwarz (der Streikleiter) und alle drei sind bereits verhaftet. Die Aufregung in Orte ist ungeheuer; eine Versammlung, in der Kaplan Dr. Brauns aus M. Gladbach über die Bauarbeiterbewegung sprechen sollte, wurde verboten. — Wären die Verhafteten freie Gewerkschaftler, welches Geschrei würde sich dann in der Zentrumspresse erheben! Die Gewerkschafts- und sozialdemokratische Presse ist zu solcher Hechelei nicht veranlagt. Sie begnügt sich, den Fall einflüßeln zu registrieren und wartet ab, was die gerichtliche Verhandlung ergeben wird. Die Zentrumspresse aber, die sich sonst mit vornehmlichem Behagen über jeden unbenannten Vorgang auf unserer Seite hermacht, schweigt diesen christlichen Fall vollständig tot!

Arbeiterversicherung.

A. Krankenversicherung.

1. Bei einem Versicherten, der auf einige Zeit be-

urlaubt wird, dessen Arbeitsverhältnis aber bestehen bleibt, dauert die Mitgliedschaft und also auch die Beitragspflicht während des Urlaubs fort. Auf der anderen Seite besteht aber für den Urlaubten auch ein Anspruch auf Krankenunterstützung für diese Zeit.

2. Bei Wöchnerinnen, die bis zur Entbindung Krankengeld beziehen, kommt dasselbe vom Tage der Entbindung ab in Wegfall, solange Wöchnerinnenunterstützung gezahlt wird (6 Wochen), weil beide Unterstützungen nebeneinander nicht gezahlt werden dürfen. Liegt nach Ablauf der 6. Woche noch Erwerbsunfähigkeit in Folge einer Krankheit (Wochenbett, normale), ist keine Krankheit im Sinne des Gesetzes) vor, so besteht von da ab ein Anspruch auf Fortzahlung des Krankengeldes.

3. Mitglieder, die nach dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen, können das nur nach der Wohnklasse tun, der sie als Pflichtmitglied angehörten.

B. Invalidenversicherung.

1. Behrlinge sind nur vom vollendeten 16. Lebensjahre und dann auch nur, wenn sie gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, versicherungspflichtig. Es können aber auch Behrlinge versicherungspflichtig sein, wenn sie keinen Lohn, sondern nur Weihnachtsgeld vom Lehrherrn erhalten. Voraussetzung ist jedoch hier, daß sie mit einer gewissen Sicherheit auf diese Zuwendungen rechnen können und daß letztere für die Empfänger von wesentlicher Bedeutung sind.

2. Billige Taubheit begründet bei einem sonst ganz arbeitsfähigen Mann für sich allein keinen Anspruch auf Invalidenrente.

3. Verstümmelungszulage, die einem Versicherten neben einer Militärpension gewährt wird, ist bei Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Invalidenrente ruht, mit zu berücksichtigen.

4. Die Anrechnung einer Invalidenrente auf eine früher erworbene Knappschaftsrente ist zulässig, auch wenn der Versicherte aus eigenen Mitteln höhere Beiträge entrichtet hat.

5. Beitragsmarken sind nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ungültig, wenn sie von einem Versicherten aus einer eigenen verloren gerechneten und wiedergefundenen Quittungskarte eingeklebt worden sind und zwar auch dann, wenn ihre erstmalige Verwendung zu Recht erfolgt war.

C. Unfallversicherung.

1. Betriebsunfall liegt vor, wenn ein Arbeiter bei Ausübung seiner Tätigkeit vom Blitz erschlagen wird. Aber auch dann, wenn der Arbeiter während des Gewitters die Arbeit unterbricht und sich von der Arbeitsstätte entfernt, um in der Nähe (z. B. unter einem Baum, der nebenbei bemerkt, leider der gefährlichste „Schub“ ist) Schutz vor den Unilden des Wetters zu suchen und dabei vom Blitz getroffen wird, ist in der Rechtsprechung das Vorliegen eines Betriebsunfalls anerkannt worden.

2. Einem Arbeiter fiel bei der Arbeit ein Treibriemen ins Gesicht, wodurch u. a. sein linke Gesichtsbild, das er seit Jahren trug, zertrümmert wurde. Die Erneuerung des Gesichtes kostete ihm 16 M und er verlangte diesen Betrag von der Berufsgenossenschaft erstattet. Das Reichsversicherungsamt betrachtete jedoch das Gesicht als eine vom Körper getrennte Sache und wies den Anspruch des Arbeiters ab, weil die Berufsgenossenschaft zum Ersatz eines Sachschadens nicht verpflichtet sei. ck.

Gerichtliches.

Die Abwehr von Lohnherabsetzungen und der rechtswidrige Vermögensvorbehalt. Im August 1906 streikten die Handels- und Transportarbeiter Berlins. Der russische Heuschle war bei einer Firma beschäftigt, bei der anfangs nicht gestreikt wurde, weil sie entsprechende Lohnherabsetzungen bewilligt hatte. Erst als sie diese zurückzog, wurde gestreikt, mit der Vereinbarung, erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn die Forderungen wieder bewilligt würden. Einem Arbeitswilligen soll nun B. gedroht haben, daß es Schläge gebe, wenn er nicht aufhöre, den Streikbrecher zu machen und wenn er dem Verbands nicht beitrete. Das gelang zu haben, bestritt B. ganz entschieden. Obgleich das Urteil selbst sagt, der Arbeitswillige Ulrich macht den Eindruck, als wenn er unter dem Einfluß des Alkohols stünde, glaubt es diesem doch, in der Annahme, daß er den Vorgang richtig ausgefaßt habe. Reuschte wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In seiner Revision beim Reichsgerichte rügt B. Verletzung des § 153. Es habe sich doch um einen Kampf als Abwehr zur Verhinderung der Verschlechterung der Lohnbedingungen gehandelt, auf die die Arbeiter einen Rechtsanspruch hatten. Der Begriff der Nötigung sei verkannt. Das alles bestritt der Reichsanwalt. Zunächst sei es doch fraglich, ob die Arbeiter sich nicht dem Streik angeschlossen, um den anderen streikenden Arbeitern günstigere Lohnbedingungen zu verschaffen. Aber auch die Verteidigung der erreichten Löhne ist der Versuch zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen. Er beantragte Verurteilung der Revision. Dieser Begründung und diesem Antrage schloß sich der II. Strafsenat unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Willow an. —

Literarisches.

Von dem als dritter Teil der „Kulturbilder“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinenden Werk über Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit: „Blut und Eisen“ von Hugo Schulz liegen jetzt die Hefte 37-39 vor. Nachdem in den vorhergehenden Hefen der 30jährige Krieg in sehr eingehender und erläuternder Weise besprochen wurde, behandelt der Verfasser in diesen Hefen das Kriegswesen zur See bis ins 17. Jahrhundert. — Seeräuberei und Handelschiffahrt. — Seekriege zwischen Genua und Venedig. — Einführung des Kompasses. — Die Wikingerfahrten. — Die Kämpfe um Südb. — Englisches Seeräubertum. — Die spanischen Seekriege. — Krieg zwischen Holland und England, das sind die Stichworte, unter denen uns in sachgemäßer und leicht verständlicher Weise dieses Kapitel vorgeführt wird. Illustrationen und Zeichnungen aus der damaligen Zeit tragen zum Verständnis des Textes bei. Das Werk „Blut und Eisen“ erscheint in 50 Lieferungen à 20 s gleich 24 Heller gleich 30 Centimes. Dasselbe kann noch jetzt von Nr. 1 an bezogen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen.